

Paul Böttcher:
**Arbeitsgemeinschaft
oder Klassenkampf?**



Gewerkschaftliche Probleme

im Verband der Deutschen

Buchdrucker

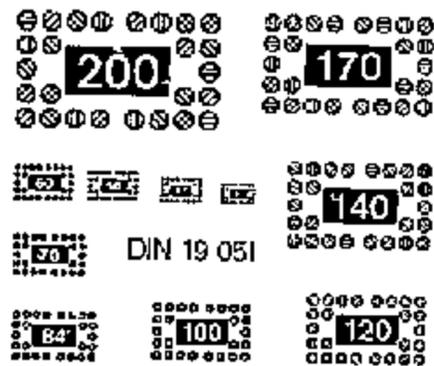
Preis 60 Pfennig

E C
X 12

Verlag „Graphischer Block“, Leipzig/1920

Verlagsgesellschaft der Buchdruckerei A. G., Leipzig.

Vertrieb durch sämtliche Buchhandlungen



35152

Die Tarifgemeinschaft

Zweck der Tarifgemeinschaft ist die Forderung des Aufdrucks und die Sicherung des gewerblichen Friedens durch Schaffung und Schutz tariflichen Rechts, Überwachung der Erfüllung der tariflichen Pflichten, sowie die Regelung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten, alles unter Ausschluß parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte. (Deutscher Buchdrucker-Tarif)

Die revolutionäre Epoche hat die Bedingungen und Wirkungen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse unendlich gesteigert. Aus den wirtschaftlichen Teilkämpfen der friedlichen Periode sind ungeheure Massenaktionen geworden, die in ihrer ursächlichen Verknüpfung ökonomischer und politischer Natur sind. Riesenstreiks kommen zum Ausbruch wegen wirtschaftlicher Forderungen und wachsen in ihrem Verlauf über diese hinaus zu politischen Kämpfen. Umgelchrt führen ursprünglich politische Streiks in ihrem Gefolge zu wirtschaftlichen Errungenschaften. Dieser nach Meinung der Gewerkschaftsstrategen der alten Schule undisziplinierte Kampf der Arbeiter ist nichts anderes als das Spiegelbild der Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die Reproduktion ihrer „Hände“ sicherzustellen. Der ungeheure Warenmangel und die katastrophale Entwertung des Geldes haben eine beispiellose Verteuerung der Lebenshaltung nach sich gezogen, deren verheerende Wirkungen in erster Linie die bedürftigen Massen treffen. Diese Tatsache zwingt der Arbeiterschaft Kohnkämpfe und Streiks auf, die ihrerseits wieder zur allgemeinen Preissteigerung beitragen. Ist der Ausgangspunkt dieser Einzelkämpfe reformistisch, so ist ihre Gesamtwirkung sozialrevolutionär, weil sie nur noch mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise enden können. Die revolutionäre Wirkung der Gesamtheit dieser Kämpfe, die dialektisch aus dem reformistischen Charakter der Teilkämpfe herauswächst, sucht die alte „bewährte“ Gewerkschaftsbureaucratie in ihrer Spitze umzubiegen. Deshalb wird die Tätigkeit dieser Bureaucratie von der revolutionären Arbeiterschaft mit Recht als gegenrevolutionär gebrandmarkt. Ihre konterrevolutionäre Tätigkeit mache die Führer gleichzeitig zu Lakaien der sozialdemokratischen Regierung, der sie aufs engste verbunden sind, und zu Verfeindern der kapitalistischen Produktionsweise, an deren Grundlagen sie nicht zu rütteln wagen, deren Gedeihen sie vielmehr zum Ausgangspunkt ihrer Taktik machen. So bietet der Kampf der Arbeiter heute ein total verändertes und durch innere Kämpfe scheinbar verworrenes Bild. Was vor dem für die Arbeiter eine Errungenschaft bedeutete, wird heute zum Hemmschuh der Entwicklung, bedeutet Stillstand, Versumpfung und wirkt im Endergebnis konterrevolutionär.

Die Gewerkschaften als die Massenorganisationen des Proletariats werden gegenwärtig von den schwersten inneren Kämpfen heimgesucht. Die revolutionären Elemente, die den Vortrupp der Massenbewegung bilden, haben die Notwendigkeit der Umgestaltung der Gewerkschaften erkannt. Sie kämpfen für die Revolutionierung der Gewerkschaften, für die Aenderung ihrer Funktionen und ihrer Taktik. Hier Arbeitsgemeinschaft — hier Klassenkampf! das sind die Losungen. Dieser Kampf ist notwendigerweise ein politischer Kampf und bedeutet eine parteipolitische

Durchführung der Gewerkschaften insofern, als die politischen Parteien des Proletariats der Ausdruck eines politisch-revolutionären Prinzips sind. Es ist nichts als Heuchelei, wenn die kleinbürgerlichen Reformen der Arbeitsgemeinschaft mit gespreiztem Gefieder gegen diese parteipolitische Verfechtung der Gewerkschaften loshaben. Solange sie in ihrer beschaulichen Ruhe nicht aufgeschreckt wurden, hatten sie durchaus nichts dagegen, wenn ihnen die Legien und Bauer mit ihren parteipolitischen Inspirationen das selbständige Denken ersparten. Wenn in einer Gewerkschaft die Politik des Reformismus und damit die rechtssozialistische Parteipolitik vorherrschte, waren diese Gewerkschaften parteipolitisch neutral. Erst seitdem die Vertreter des revolutionären Sozialismus bestimmenden Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik erkämpfen, ist diese Neutralität plötzlich in Gefahr. Deshalb versuchen die Arbeitsgemeinschaftler ihre Position mit allen Mitteln zu halten. Gestützt auf einen gewaltigen, hierarchisch gegliederten Machtapparat, auf Regierung, weiße Garden und Polizei, wird die rechtssozialistische Gewerkschaftsbürokratie mit ihrem Anhang gegebenenfalls auch nicht vor dem letzten Mittel der Spaltung zurückzucken, um sich in den Besitz der Presse, Kassen und realen Machtmittel der Organisationen zu setzen.

Diese Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften sind ökonomischen Ursprungs und deshalb eine historische Notwendigkeit. Da sich der Verband der deutschen Buchdrucker nicht einspielen kann wie ein Seidenspinner, so müssen auch ihn diese Kämpfe überziehen. Auf welcher Seite dann die „falschen und die richtigen Methoden“ sind, wird die geschichtliche Entwicklung mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit lehren. Es nützt absolut nichts, diesen Kämpfen feige aus dem Wege gehen oder seine konservative Gesinnung hinter dem besonderen „Buchdruckerstandspunkt“ verbergen zu wollen. Die jetzige Generation ist von der Geschichte in den Auflösungsprozeß der alten Gesellschaft hineingestellt worden und muß sich durchsetzen. Erbringt sie dabei den Beweis, daß diese Epoche in ihr kein kleines Geschlecht fand, um so ehrenvoller für sie. Wer jedoch seine Feigheit oder Unfähigkeit hinter die Tiraden der Einigkeit des Proletariats versteckt, der muß entlarvt und in seinem wahren Wesen gekennzeichnet werden. Die Einigkeit des Proletariats vollzieht sich im revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus auf der Basis der klaren Grundsätze. Entschlossene Stellungnahme für oder wider ist für jeden geistig beweglichen Angehörigen des Verbandes der deutschen Buchdrucker ein Gebot der Selbstachtung. Die Lösung von konservativen Traditionen und die Emanzipierung von kleinbürgerlichen Illusionen sind für eine selbständige Betrachtungsweise die erste Voraussetzung.

In der Tarifgemeinschaft für das deutsche Buchdruckergewerbe ist der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern in Reinkultur verwirklicht. Wenn heute die Vorkämpfer der Arbeitsgemeinschaft mit Stolz auf die schwierigen Kämpfe hinweisen, unter denen das Unternehmertum im Buchdruckergewerbe zur Tarifgemeinschaft „gezwungen“ worden sei, so wurzeln sie ebenso sehr in einem überwundenen Entwicklungsabschnitt wie die Vertreter der formalen Demokratie, die die Ablösung der kapitalistischen Monarchie durch die plutokratische Republik als ein Werk der Befreiung der Arbeiterklasse preisen. Erklären läßt sich die Stellungnahme der Tarifgemeinschaftsführer im deutschen Buchdruckerverband aus der eigenartigen gewerblichen und organisatorischen Entwicklung im Buchgewerbe. Diese Entstehung erklären, heißt aber bei weitem nicht sie entschuldigen.

Die soziale Lage der arbeitenden Klasse war im Beginn der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland keine durchaus einheitliche. Die Arbeitsbedingungen wurden vom Unternehmertum diktiert im umfassendsten Sinne des Wortes. Diese Diktatur hielt sich in die gesetzliche Formel: individueller Arbeitsvertrag. Die Kooperation auf stetig wachsender Stufenleiter organisierte die Arbeiter als „Hände“ zur Erzeugung von Mehrwert. Die Regellosigkeit im Angebot der Ware Arbeitskraft fiel in ihrer schädigenden Wirkung auf die unorganisierten Massen zurück. Der Zustrom immer größerer Mengen Arbeitskraft auf den offenen Markt steigerte das Angebot und senkte den Preis. Die parallel mit dem Wachstum der Manufaktur und dem Aufkommen der großen Industrie sich entwickelnden wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse waren zunächst darauf angewiesen, regulierend in das freie Spiel von Angebot und Nachfrage der Ware Arbeitskraft einzugreifen. Die Gewerkschaften mußten versuchen, den Preis der einzigen Ware, die der Arbeiter besitzt, zu steigern und die Bedingungen ihres Verkaufs im Interesse der Verkäufer gegenüber den Aneignern günstig zu regeln. Da der Preis der Ware Arbeitskraft bestimmt wird durch die zu ihrer Reproduktion notwendigen Lebensmittel, war es notwendig, die Menge dieser Lebensmittel einschließlich der kulturellen Bedürfnisse zu steigern, und zwar allgemein im Rahmen einer bestimmten Berufsgruppe auf möglichst breitem Raum. Die Entwicklung drängte ganz automatisch über den lokalen zum kollektiven Arbeitsvertrag über große Bezirke oder das ganze Reich. Die Träger dieser Verträge wurden die Arbeiter- und Unternehmerverbände. Der reformerische Inhalt der Gewerkschaftsarbeit, der die Hebung des Lebens- und Kulturniveaus der Arbeiterklasse auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise erstrebt, konnte sich am ehesten entfalten im Rahmen des kollektiven Arbeitsvertrags oder der Tarifverträge. Durch Gewährung von Reise-, Arbeitslosen- und Streikunterstützung versuchen die Gewerkschaften den Arbeitsvertrag vor großen Erschütterungen zu bewahren, indem sie dadurch die Arbeitenden vor der Konkurrenz der industriellen Reservearmee zu schützen suchen. Nicht zuletzt mußte dann das mehr und mehr ausgebaute Unterstützungswesen als Werbemittel gegenüber den unorganisierten Massen dienen. Damit bekamen die auf solche Weise gewonnenen Mitglieder der Organisation ein grundfalsches Bild von dem wahren Zweck derselben. Für die Massen wurde die Gewerkschaft von vornherein zu einem Versicherungsinstitut. In erster Linie sind diese Erscheinungen im Verbande der deutschen Buchdrucker zu beobachten, wo vor allem in der Provinz viele Mitglieder in bürgerlichen Sportverbänden organisiert sind, auf bürgerlichen Kandidatenlisten stehen und nebenher als Mitglieder einer „freien“ Gewerkschaft fungieren. Dieser Sumpf der Gleichgültigkeit und des Verrats ist die Folge der „bewährten gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit“ der geistigen Führer im Verbande der deutschen Buchdrucker.

Der Revisionismus in der alten Sozialdemokratie wies bei seinem Aufkommen in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts zum Zweck der Bereisführung immer wieder hin auf die ökonomische und politische Hebung der Lage der arbeitenden Klasse durch den Kampf der Gewerkschaften. Die Einführung des Sozialismus sollte nicht über den Weg der Eroberung der politischen Macht, sondern durch eine schrittweise Erweiterung der gesellschaftlichen Kontrolle vor sich gehen. Die Gewerkschaften sollten die Demokratie in den Werkstätten aufziehen. Der Fabrikkonstitutionalismus wurde der Preis des Kampfes. „Der gewerkschaftliche

und der politische Kampf um soziale Reformen wird eine immer weiter erstreckte gesellschaftliche Kontrolle über die Produktionsbedingungen herbeiführen und durch die Gesetzgebung den Kapitaleigentümer durch Beschneidung seiner Rechte mehr und mehr in die Rolle eines Verwalters herabdrücken, bis schließlich dem müde gemachten Kapitalisten, der seinen Besitz immer wertloser für sich selbst werden sieht, die Leitung und Verwaltung des Betriebs abgenommen und so endgültig der gesellschaftliche Betrieb eingeführt wird.“ Das war die Theorie der Preisgabe des Klassenkampfes zugunsten des Reformismus, eine Theorie, die in der Gewerkschaftsbewegung ihren eigentlichen Nährboden fand. Ganz im Sinne dieser theoretischen Auffassung bewegte sich die Ausgestaltung der Tarifverträge in Tarifgemeinschaften. Die Tarifgemeinschaft, ausgerichtet zur „Sicherung des gewerblichen Friedens“, schlägt der Arbeiterorganisation während der Gültigkeitsdauer ihre wichtigsten Waffen aus der Hand, stumpft ihren Kampfgeist ab, lähmt die politische Aktivität, schlafert die Massen ein und züchtet eine „sachverständige“ Bürokratie, die durch ihre intime Kenntnis der weitverzweigten Tarifgesetze leicht zur herrschenden Klasse wird. An der reformistischen Versumpfung der deutschen Arbeiterbewegung hat die Tarifgemeinschaft redlich mitgearbeitet. Nach Angabe eines ihrer konsequentesten Vertreter im V. d. V. B. soll sie einen „sozialversöhnenden Einfluß“ ausüben (Reghäuser). In diesem Sinne hat der „Korrespondent“ fortwährend seine Leser beeinflusst, und noch heute spricht dieses Blatt immer nur mit untertänigem Kniefuß von „unseren Prinzipalen“.

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker veröffentlicht im Anschluß an die Tarifverhandlungen Anfang Dezember 1919 einen „Aufruf an das deutsche Buchdruckgewerbe“, der ein klassisches Dokument für die Tarifvertrags- und Tarifgemeinschaftspolitik im deutschen Buchgewerbe ist. Dieser Aufruf ist so typisch für das innerste Wesen der auf den Wirtschaftsfrieden eingestellten Harmoniepolitik der Arbeitsgemeinschaftler, daß er besser als alles andre den Grundgedanken der Tarifgemeinschaft enthüllt.

Der Aufruf geht davon aus, daß die Arbeiterklasse als solche wirtschaftlich völlig hilflos und auf den gütigen Schutz des Unternehmers angewiesen ist. Mit patriarchalischer Sorge bemerkt er einleitend, daß „die dauernd ungünstiger sich gestaltenden Lebensbedingungen des deutschen Volkes die Gehilfenschaft unseres (!) Gewerbes veranlaßt haben, von neuem Hilfe bei der Prinzipalität (!) zu suchen und die dringende Einkerzung des Tarifausschusses zu beantragen“. Nachdem so den halbverhungerten Buchdruckergehilfen väterlich die hohlen Wangen getatschelt worden sind, purzelt einige Krotobilstränen über die Beschlüsse des Tarifausschusses, die die Wünsche der Gehilfen auf eine gründliche Aufbesserung ihrer Lebenslage nicht voll erfüllt haben. Mühseligkeiten sind jedoch nicht Sache des Kapitals, deshalb folgt nach den taktisch notwendigen Formalitäten folgendes Diktum: „Das gibt dem Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker besonderen Anlaß, sich in eindringlichen Worten an die Berufsangehörigen beider Parteien zu wenden und dringend zu warnen (!) und zu bitten, in dieser schwersten Zeit des deutschen Volkes über die eigene Not nicht die noch schlimmere unseres fleißgeheugten Vaterlandes und der Gesamtheit des deutschen Volkes zu vergessen und sich dessen bewußt zu sein, daß auch wir Buchdrucker an dieser allgemeinen Not und ihren Folgen an unserm Teile mitzutragen verpflichtet sind.“ Haben die deutschen Arbeiter diese Sirenenklänge nicht schon einmal vernommen? Ist hier nicht der Geist

von 1914 wieder lebendig? Die Warnung richtet sich auch hier an die Arbeiter. Die Bitte wird alleruntertänigst an das Unternehmertum gerichtet. Die Verpfändung der Proleten auf die allgemeine Not und ihre Folgen ist eine perfide Verhöhnung der graphischen Arbeiter in einer Situation, wo dem Zeitungskönig und Buchbaron die Profite nur so in den Schornstein regnen. Zu einer Zeit, da die gesellschaftliche Oberschicht in tollem Uebermut ihre historische Epoche auf dem Vulkan des Sinktaumels und der allgemeinen Betäubung zu einem ruhmlosen Ende tarzt. Eine Arbeiterschicht, die sich von den Hebern ihrer elenden Lage auf solche provokatorische Art verhöhnen ließe, verdient wahrlich die Verachtung aller revolutionären Elemente im Proletariat.

Die einseitige Benachteiligung des wirtschaftlich Schwächeren bei allen Tarifabschlüssen findet unverhüllten Ausdruck in folgenden Absätzen des erwähnten Aufrufs:

Der Gehilfenschaft insbesondere aber fällt die Aufgabe zu, für die Folge Handlungen zu unterlassen, die sich mit der vertraglichen Tariftreue der Gehilfenschaft absolut nicht vertragen und die in den letzten Wochen und Monaten dem Fundament unserer Tarifgemeinschaft schweren Schaden zugefügt haben.

Der Tarifausschuß erwartet von jedem einzelnen und von der Gesamtheit die Erfüllung der tariflichen Disziplin (!) und die unbedingte Achtung des selbst gegebenen tariflichen Lohngesetzes. Die Tariforgane sind ausdrücklich verpflichtet worden, einem tarifwidrigen oder tarifverletzenden Verhalten der Tarifparteien mit der größten Festigkeit zu begegnen, damit dem Gewerbe die zu seiner Gesundung und Erstarlung notwendige friedliche Entwicklung (!) wie sie durch die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker seitens der Tarifparteien dem Gewerbe gegenüber feierlich verbürgt (!) worden ist, auch wirklich erhalten bleibt.

Die „Gehilfenschaft“ als Tarifpartei bekommt in diesen Absätzen eine Ohrfeige nach der andern. Ganz unverblümt wird ihr empfohlen, daß sie für die Folge alle Handlungen zu unterlassen hat, die sich gegen Unternehmer wenden. Es ist nur ein Verschleiern des nackten Tatsachenbestandes, wenn von der vertraglichen Tariftreue der Gehilfenschaft gesprochen wird. Die Tariftreue existiert immer nur für die Gehilfen! Dieser erste Abschnitt enthält das Streikverbot für die Gehilfenschaft und dokumentiert die Unterwerfung der Gewerkschaft unter die Diktatur des graphischen Kapitals. Der zweite Absatz ist eine Badpflaume für die Verfechter des „konstitutionellen Fabriksystems“ — das Kattenjängerspiel der gewerblichen Demokratie. Das „selbstgegebene tarifliche Lohngesetz“ zerfließt wie eine schillernde Seifenblase vor dem ökonomischen Machtwillen der Besitzer der Produktionsmittel.

Die „notwendige friedliche Entwicklung“, die das Buchgewerbe zu seiner Erstarlung braucht, ist „seitens der Tarifparteien dem Gewerbe gegenüber feierlich verbürgt worden“. Für die Unternehmer als Tarifpartei gibt es hier nicht das geringste feierlich zu verbürgen. Für das Kapital ist die friedliche Entwicklung im Gewerbe selbstverständliche Lebensbedingung. Bleibt also nur noch die Arbeiterschicht als Tarifpartei und Interessent an der friedlichen Erstarlung des Kapitalismus. An diesem Punkte laufen die Fäden der sozialen Reformen mit denen der Kapitalisten zusammen. Wer die völlige Wiederaufrichtung der alten kapitalistischen Machtverhältnisse zur Voraussetzung macht für die Durchführung des Sozialismus, der muß sich auch hier auf die Seite der Unternehmer stellen. Und die Reformen im Lager der Buchdrucker tun dies bis zur Selbstvernichtung.

Der Tarifausschuß handelt nur folgerichtig, wenn er auf das Bestimmteste die unbedingte Unterlassung alles dessen verlangt, was das Gewerbe schädigen und auch i. der Öffentlichkeit herabsehen könnte. Unter diese gewerbeschädigende Tätigkeit fällt natürlich alles, was das Tarifamt, oder richtiger die Unternehmer darunter verstehen. Wenn der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießergehilfen“ nicht ein so braves Tarifamtsblättchen wäre, sondern eine aggressive sozialrevolutionäre Politik vertreten würde, verfiere er sofort dem Bannstrahl des Tarifausschusses. Aber auch die klassenpolitische Betätigung der gewerkschaftlichen Organisation, die sich freigemacht vom Himmel der politischen Neutralität, verstoßt gegen die gewerblichen Interessen der Unternehmer und bedeutet Tarifbruch. Die Unternehmer werden immer beweisen, daß ihre Tätigkeit für das Gewerbe in ihrer Eigenschaft als Arbeit„geber“ und Brotherrn nichts anderes ist als eine Aufopferung für die Arbeit„nehmer“. Das Gewerbe, das sind heute immer noch die Unternehmer.

Mit wohlgefälligem Schmunzeln wird das graphische Unternehmertum den Scluß des Ausrufs zur Kenntnis nehmen:

Den Tarifparteien aber rufen wir in einer bitteren Stunde so eindringlich wie möglich zu:

Schützt das Gewerbe, das uns alle auch für die Zukunft ernähren soll!

Selbst aufbauen und reißt nicht nieder, was seit Jahrzehnten die Besten unsres Gewerbes zum Schutz und Trutz unsrer Standes- und Lebensinteressen aufgerichtet haben! Selbst das Gewerbe heben, fördert die Arbeit und trägt dazu bei, daß das deutsche Volk sich aus Not und Elend wieder zum schaffensfreudigen Kulturvolk der Welt emporarbeiten kann!

Dazu muß vor allem der Frieden unserm Gewerbe und der deutschen Arbeit erhalten bleiben! Das sei unser Wille! Dazu verwenden wir Buchdrucker unsre ganze Kraft und darauf legen wir unsre ganze Hoffnung!

Dieser Friedensaufruf des aus Unternehmer- und Arbeitervertretern zusammengesetzten Tarifausschusses enthüllt restlos das Wesen der Tarifgemeinschaft. Die Revisionisten sehen allerdings in der Tarifgemeinschaft schon eine Form der wirtschaftlichen Demokratie, die Eroberung der Fabrik durch die Konstitution. Sie singen in hohen Tönen vom Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und die dadurch bedingte Preisgabe des Herrn-im-Hause-Standpunkts der Unternehmer. Wo die Massen erfolgreiche Vorstöße gegen den Betriebsdespotismus durchgesetzt haben, geschah dies im Zeichen politischer Kämpfe. Aufstand und Massenstreik löschten in revolutionären Epochen mehr Herrschaftsparagrafen aus, wie die Tarifgemeinschaft in Jahrzehnten. Die Novemberrevolution ist hierfür sprechender Beweis. Sobald der politische Druck der Massen seine Konzentration in den Klasseneinrichtungen (Räten) preisgibt und sich atomisiert in den bürgerlichen Parlamenten, wächst die Widerstandskraft der zu überwindenden Klasse. In den stärksten Positionen dieser Klasse, in ihren Betrieben, wandelt sich deren Defensiv am ehesten um in die Offensiv. Die Tarifgemeinschaften sind weit davon entfernt, maßgebenden Einfluß auszuüben auf die Produktion. An dem Grundsatz der Rentabilität, auf den die kapitalistische Produktionsweise eingestellt ist, vermögen sie nicht zu rütteln. Sie können deshalb auch die Ausbeutung nicht beseitigen, sondern höchstens stabilisieren, d. h. sie in ihre „normalen“ Schranken zurückweisen. Langfristige Tarifabschlüsse sind nicht in der Lage, das kapitalistische Lohngesetz zu verwirklichen. Noch viel weniger können sie dasselbe aufheben. Doch von solchen Zielen sind auch die Tarifgemeinschaftler weit entfernt. In einer amt-

lichen Auslassung des Tarifamts, die von Arbeiter- und Unternehmervertretern anerkannt ist, heißt es: „Der Tarif ist der von den Prinzipalen und Gehilfen im Deutschen Buchgewerbe anerkannte Ausdruck dafür, was für ihre gegenseitigen Beziehungen und Leistungen allgemein als gerecht und billig anzusehen und Rechtens sein soll. Die Auslegung und Befolgung der Bestimmungen des Tarifs hat seitens der Tarifmitglieder sowohl wie der Tariforgane nach dem Grundsatz von Treu und Glauben mit Rücksicht auf Berufsgebrauch und Verkehrssitte zu erfolgen. Zur Durchführung und Weiterbildung des Tarifs ist die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker gegründet.“ Damit ist das kapitalistische Ausbeutungssystem endlich als „gerecht“ und „billig“ und zu Recht bestehend anerkannt. Wer wollte da noch den Unternehmern ihre insbesondere nach der Revolution stark hervortretende Liebe zur Tarifgemeinschaft übelnehmen?

Wer mit dem Kapitalismus eine Gemeinschaft eingeht, wird zu steter Preisgabe früherer Grundzüge gezwungen. Die Erhaltung der Tarifgemeinschaft fordert von den Arbeitern Opfer um Opfer, die sie schließlich völlig den Kapitalinteressen unterordnen. Diese Einverleibung geht im deutschen Buchdruckgewerbe vor sich und äußert sich im „Deutschen Buchdruck-Preistarif“. In der Buchdruck-Preistarifgemeinschaft bringen die Arbeiter als Tarifpartei zum Ausdruck, daß sie den „ortsüblichen“ Profit nicht nur anerkennen, sondern auch garantieren und sich mit den Unternehmern zur Ausbeutung der Konsumenten verbinden. Diese Bestrebungen der Gewerkschaften — als Kontrahenten der Tarifgemeinschaft — die Warenpreise mitzubestimmen, kennzeichnet gleich nach dem ersten Ausbruch dahingehender Versuche in England Rosa Luxemburg in einer Aufsatzreihe „Sozialreform oder Revolution“ im Jahre 1898 in der Leipziger Volkszeitung. Die Verfasserin sagt darin u. a.: „Denn worauf reduziert sich notwendigerweise die aktive Teilnahme der Gewerkschaft an der Bestimmung des Umfangs und der Preise der Warenproduktion? Auf ein Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen den Konsumenten, und zwar unter Gebrauch von Zwangsmassregeln gegen konkurrierende Unternehmer, die den Methoden der regelrechten Unternehmerverbände in nichts nachstehen. Es ist dies im Grunde genommen kein Kampf zwischen Arbeit und Kapital mehr, sondern ein solidarischer Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft. Seinem sozialen Werte nach ist das ein reaktionäres Beginnen, das schon deshalb keine Stufe in dem Emanzipationskampfe des Proletariats bilden kann, weil es vielmehr das gerade Gegenteil von einem Klassenkampf darstellt. Seinem praktischen Werte nach ist das eine Utopie, die sich wie eine kurze Besinnung darzut, nie auf größere und für den Weltmarkt produzierende Branchen erstrecken kann.“ Heute, nach zwanzig Jahren, ist diesen klaren Darlegungen unsrer Vorkämpferin nichts hinzuzufügen.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießergehilfen“ ist natürlich entzückt über den Ausruf des Tarifausschusses. In Nr. 148 vom 23. Dezember 1919 schreibt der „Korr.“:

Wenn bei den im Schlußartikel noch zu behandelnden Kardinalpunkten Teuerungsmasse und Lohnpolitik, sowie Prinzipalabwehrorganisation wohl die gewichtigsten Momente erst ins Dreckfen geführt werden, so wollen wir doch diesmal schon dem in der vorigen Nummer veröffentlichten Ausruf des Tarifausschusses an die Buchdrucker-Gesamtheit, den wir verdienter allseitiger Beherzigung empfehlen, einen Appell an die Kollegenschaft folgen lassen. Wir zitteren zu diesem Zwecke den nachstehenden Beschluß des Tarifausschusses aus dem Protokoll:

Die Prinzipalität macht die Zahlung dieser Steuerzulage abhängig von der Vertragstreue der Gehilfenschaft.

Die Parteien sind sich darüber einig, daß durch vorstehende Vereinbarungen die Ruhe im Buchgewerbe für die festgesetzte Dauer gewährleistet sein soll. Deshalb gelten Forderungen, die über diese Vereinbarung hinaus während der Vertragsdauer unter Androhung oder Durchführung von Zwangsmitteln irgendwelcher Art erhoben werden, als tarifwidrig und als Verletzung der Vertragstreue. Ausdrücklich wird festgestellt, daß freiwillige Zuwendungen, die auf Grund freiwilliger Verständigung gewährt werden, hiervon unberührt bleiben.

So wie nun sind die „Kriegsartikel moralisch und faktisch berechtigt“.

Soweit das Organ zur Wahrnehmung der Interessen der Gehilfenschaft. Mit dem Appell an die Vertragstreue ist der moralische Lappen gefunden, mit dem man die tieferen ökonomischen Zusammenhänge verdeuten kann. Wie sich die Vertragstreue in der Praxis auswirkt, zeigt ein Vorfall, der sich vor einiger Zeit in einer Leipziger Großdruckerei ereignete. Wegen elender Lohnverhältnisse streikten die Heizer in den graphischen Betrieben. Der Chef dieser Firma ruft die „Technische Nothilfe“ an. Nach einer halben Stunde erscheint das Streikbrecherkontingent: der Herr Ingenieur mit einigen hoffnungsvollen Jünglingen. Was taten nun die Arbeiter des Betriebes, die sämtlich „gut organisiert“ waren, gegen die Streikbrecher? Ein Teil der organisierten Arbeiter handelt, wie jeder rechtschaffene Arbeiter in diesem Falle handeln würde, erklärt sich mit den Streikenden solidarisch und verweigert das Zusammenarbeiten mit der eingeschleppten Streikbrechergesellschaft. Das Sekretariat hat inzwischen den Gauvorstand von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt und um weitere Verhaltensmaßnahmen gebeten. Vom Verbandsbureau kommt alsbald die dringende Warnung: „Solidarisch dürft ihr euch nicht erklären — das ist Tarifbruch!“ In diesem Falle schuf die Tarifpolitik der Buchdrucker eine geradezu lächerliche Situation. Der ganze Betrieb steht voll organisierter Arbeiter und — drei, vier Streikbrecher tanzen ihnen quierschmerzhaft und unbehelligt auf der Nase herum. Durch die Vertragstreue verpflichtet, müssen die Arbeiter zusehen, wie vor ihren Augen eine andre Berufsgruppe innerhalb des Betriebes abgewürgt wird. So geschah ein Jahr nach der Revolution!

Diese furchtbaren Zustände sind lediglich das Werk der „alten bewährten gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit“, die vom „Korrespondent“ von jeher mit ganz besonderer Treue betrieben wurde. Schreibt doch das Blatt in der oben zitierten Nummer: „Wir appellieren daher an das Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden, die gefaßten Beschlüsse zu respektieren, und erklärten für alle Fälle, daß vor der Solidarität die gewerkschaftliche Disziplin zu stehen hat!“ Nach diesem kurzschichtigen Rezept müßten sich alle Berufsverbände in ihre „gewerkschaftliche Disziplin“ einpacken und darüber wachen, daß dem Unternehmertum kein Schaden zugefügt wird. Statt vorwärts zur Massenstreikbewegung, zurück zur Berufspolitik und Arbeitsgemeinschaft, das ist die gegenwärtige Situation im Verband der Deutschen Buchdrucker.

Die offizielle Verbandspolitik

Die Erhaltung der Tarifgemeinschaft ist neben der Pflege der Unterstützungseinrichtungen zum Selbstzweck des Verbandes der deutschen Buchdrucker geworden. Die Führer des Verbandes haben die Organisation längst ihres Kampfcharakters entkleidet. Sie scheuen den Kampf, wie das gekraunte Kind das Feuer. Sie wollen den Frieden um des Friedens willen. Gemessenes Abwägen der Kräfte ist eine selbstverständliche Notwendigkeit, und in der Arbeiterbewegung wird kein ernstlicher Führer den Kampf nur um des Kampfes willen aufnehmen, ohne Rücksicht auf die Folgen. Im B. d. B. ist jedoch der „gewerbliche Friede“ die Parole der Tarifgemeinschaft und die notwendige Voraussetzung für eine geordnete Buchführung der Unternehmer. Der Schlachtruf der sozialdemokratischen Republik: „Ruhe und Ordnung“, steht über dem Eingang des Schlachthauses, der von den Unteroffizieren des Verbandes nach den Anweisungen der höheren Bürokratie „in Schwung“ gehalten wird. Die Verbandspolitik ist die Politik der Klassenharmonie, der verwaschenen, innerlich unwahren Neutralität, der Arbeitsgemeinschaft, der Generalkommissionen — kurz, es ist die hirn- und geistlose Subalternpolitik jener berufsmäßigen Gewerkschaftler, die nach dem Herrn Professor Werner Sombart einen „ganz neuen Typus darstellten, bei dem die eigentlichen Fähigkeiten und Kenntnisse zur vollen Reife entwickelt sind“. Der Herr Harmonieprofessor wird gewiß schmerzliche Zähnen zerquetschen, wenn er sehen muß, wie die bösen Buben unter der „vernünftigen“ deutschen Arbeiterschaft jetzt drauf und dran sind, seinen Schöckelkindern, den „tüchtigen Männern“ mit der „eigenen Seele“ mit Pauken und Trompeten den Kehraus zu spielen. Der Verband der deutschen Buchdrucker ist in seiner geistigen Struktur heute historisch noch auf derselben Entwicklungsstufe, wie der „Königlich preussische Gewerksverein“. Die Indolenz der Verbandsführung hat dafür gesorgt, daß die Organisation der Buchdrucker in der modernen Arbeiterbewegung den Krähwinkler Landsturm bildet. Das Hauptverdienst um diese traurige Rolle muß neidlos dem Verbandsorgan zugesprochen werden, das in jahrzehntelanger Arbeit eine heillose Verwirrung, Unklarheit und Dünkelhaftigkeit in den Köpfen derjenigen Leser angerichtet hat, deren geistigen Fundus der „Korr.“ und die bürgerliche Presse bilden — daneben vielleicht noch ein christliches Sonntagsblatt oder der „Haus-, Hof- und Kleintierzüchter“.

Nach dem Abgang Rexhäusers wurde der Kurs in der Redaktion des Verbandsorgans in seinem innersten Wesen um kein Tüpfelchen geändert. Der fanatische Kampf gegen die sozialdemokratische Partei brauchte nicht mehr geführt zu werden, da ja die Generalkommission der Gewerkschaften die Partei ins Schlepptau zu nehmen begann. An den Neußerungen des „Korr.“ maß die Haltung der geistigen Leitung des Verbandes nachgewiesen werden. Unter Beiseitelassen der Berufs- und Tarifpolitik soll im nachstehenden die Haltung der Verbandsleitung zu den Kriegs- und Revolutionsereignissen und zur Opposition an der Hand des „Korrespondent“ kurz skizziert werden.

Die Kriegspolitik des „Korr.“

Die Kriegspolitik der Verbandsleitung und des „Korr.“ wurde diktiert von der Sorge um die Erhaltung der Tarifgemeinschaft. Sicherung des Burgfriedens, Völkerverhetzung, Beschimpfung der fremdsprachlichen Arbeiterschaft, chauvinistischer Zeitstanz, Werbeartikel für Kriegsanleihe, alles dies und noch vieles andre mehr tummelte sich in den Spalten des „Korr.“ Bismarck und der Kaiser waren die Männer jener Sozialpatrioten und Kaisersozialdemokraten, die mit ihrer schwindstüchtigen Rüste hurrahschreiend hinter dem Pestkarren des Imperialismus herjagten. Einige Stilproben, die wahllos dem „Korr.“ entnommen sind, mögen zur Bestätigung des oben Angeführten dienen. Mancher Kollege wird gewiß noch fettigere Bissen in seiner Sammelmappe bergen.

In Nr. 94 vom 15. August 1914 bespricht der „Korr.“ den **Auftritt des Tarifamtes.**

Der Auftritt des Tarifamtes an Prinzipalität und Gehäufenschaft, der in der vorigen Nummer veröffentlicht ist, wird sicherlich ein Dokument bleiben, das der späteren Buchdrucker-Generation zeigen kann, wie anpassungsfähig dieses wertvolle soziale Instrument sich gerade in der für Deutschland so ersten Zeit erwiesen hat. Aus „ethischen, nationalen und gewerkschaftlichen Gründen“ soll alles an der Tarifgemeinschaft festhalten.

Aber für die gegenwärtige Zeit ergeben sich für Prinzipale wie Gehilfen so weitgehende Anforderungen, daß der Appell des Tarifamtes in jedem Punkte von allen vollste Beachtung finden muß. Das Tarifamt erklärt, die gegenseitigen Pflichten aus dem Tarifvertrage müssen nach wie vor erfüllt werden. Damit ist ausgesprochen, daß der Bestand der Tarifgemeinschaft nicht abhängig gemacht werden darf von dem Eintritt kriegerischer Ereignisse.

In der Geschichte des Deutschen Buchdruckerverbandes versucht der Verfasser Willi Krahl nachzuweisen, daß die Tarifgemeinschaften das solide Fundament der imperialistischen Raubkriegspolitik seien. „Welch hoher Wert für die Festigung des Wirtschaftslebens den Tarifverträgen innewohnt, das hat der Weltkrieg 1914/15 eklatant gezeigt. Ohne die Tarifgemeinschaften wäre in Deutschland die Ueberwindung der wahrlich nicht geringen Schwierigkeiten, die der Krieg auf den meisten Produktionsgebieten mit sich brachte, gar nicht denkbar gewesen.“ (S. 21.) Der „Korr.“ war immer ein treuer Diener seines Staates. Deshalb heulte er sich auch, entsprechend den großen Geiten von oben, sofort das Maul zu halten. Dies teilt er in Nr. 96, 20. August 1914, der vorgesetzten Behörde alleruntertänigst mit:

Der Arbeitgeberverband veröffentlicht in seinem Organ eine Erklärung, derzufolge er jetzt seine Arbeit einstellen will. Wie das zu verstehen ist, erwidert sich recht klar aus dieser Publikation. Es heißt darin: Während der Zeit des Krieges wird der „Arbeitgeber im Druckgewerbe“ Arbeitgeberfragen nicht behandeln. Alle innerpolitischen Fragen müssen schweigen, wenn der Feind an den Grenzen des Vaterlandes steht. Jetzt handelt es sich nur darum, die Einmütigkeit in der Liebe zu dem hart bedrängten Vaterlande zu beweisen. Der „Arbeitgeber“ bringt in seiner neuesten Nummer den Schluß einer polemischen Artikelserie über die bisjährige Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins. Der Vorstand bemerkt, dies dem Verfasser schuldig zu sein. Das ist jedoch kein stichhaltiger Grund. Der „Korr.“ hat sogleich mit Polemiken Schluß gemacht; von der „Zeitschrift“ ist das gleiche zu konstatieren.

Soweit ging die einmütige Liebe des „Korr.“ zu dem hartbedrängten Geldbeutel der deutschen Unternehmer, daß er sogar die unter sich

streitenden Unternehmerverbände insüßlich mahnt, doch um Gottes willen Ruhe zu halten. Sie hatten auch wirklich keinen Unlaß zum Streit, die Kapitalisten von 1914. Der „Korr.“ hatte ja sogleich mit Polemiken Schluß gemacht, suchte nach Zitaten von Bismarck und lernte die Wandspüche, die im Arbeitszimmer S. M. Wilhelms II. und im Schlafgemach von dessen Gemahlin hingen. In einem Rückblick auf ein Vierteljahr Weltkrieg in Nr. 127, 31. Oktober 1914, stellt der „Korr.“ befriedigt fest, daß der famose „Burgfriede“ sich trefflich bewährt habe:

Der sogenannte Burgfriede hat sich trotz einiger Untertöne neben dem Hauptakorde gut bewährt. Die Arbeiterschaft hat jedenfalls dem Ernst der Situation am weitesten Nachsinnung getragen, und wenn auch noch manches berechtigte Verlangen unerfüllt geblieben ist, so hat sich doch schon manches geändert, und manches wird, muß sich noch ändern. Wenn es richtig ist, was Werner Sombart schrieb, daß Deutschland das bestgeordnete Land der Welt ist, dann können die Vorbedingungen auch zum inneren Siege nicht so schwer zu finden und nicht gar so schwer zu erfüllen sein.

So wurde Anno 1914 der Burgfriede zu einer Vorbedingung des inneren Sieges des Bürgerturns über das Proletariat. Oder hat sich die „Korr.“-Redaktion beim Niederschreiben der obigen Sätze etwas anderes gedacht? Die bezahlten Organe der Schwer- und Rüstungsindustrie werden oft mit Reiz die alldeutschen Phrasen des „Korr.“ gelesen haben. Hier nur eine Probe. In Nr. 98, 20. August 1914, steht unter „Wochenchau“ zu lesen:

Es war das erste große Schlagen in diesem Niesenkrieg und für die heutigen Waffen die so dringend notwendige Entscheidung über die Richtung, in der das Ende dieses Weltorandes liegen wird. Das Wort des Reichsfanzlers am 15. August zu dem Sohne von Björn Björnson: „Ein Volk aber, das sich im Bollwerke seiner moralischen Kraft wie ein Mann erhoben hat und so Bewunderungswertes zu leisten vermag, das kann nicht unter die Räder kommen und das kommt nicht unter die Räder.“ Es scheint nach der Glanzleistung in voriger Woche in Erfüllung zu gehen — es muß in Erfüllung gehen. Das der Japs da noch in seinem von England aufgestachelten Hauptcharakterzuge, der Sturterlistigkeit, sich gezeigt und Deutschland, dem Japen so unendlich viel für militärische Erziehung und seine ganze Kultur zu verdanken hat, in der vergangenen Woche den Krieg erklärt hat, macht das Kraut nicht fett. Es heißt durch! Der österreichische Bundesverleiher hat Rußland, dem Kolos auf tönernen Füßen, auch kräftige Schlagen verleiht, und so wird denn, obwohl die Welt voll Teufel ist und uns ver-schlingen will, der Kriegsgott gewiß auch weiterhin bei den tüchtigen Dataloncu sein.

Bismarck hat im Jahre 1866 in Friedrichshagen über unsre jetzigen Gegner sich mit einer Sicherheit ausgesprochen, die seine prophetenhaften Worte nur doppelt bemerkenswert erscheinen läßt. „Die Deutschen können sich niemals mit den Franzosen verbünden“, sagt dieser Diplomatensitz, „und zwar wegen der Rassenunterschiede dieser beiden Völker. Mit Frankreich können wir nur in unschlüssiger Freundschaft leben.“ Rußland hätte gar keinen Grund, sich mit Deutschland zu verbünden, meinte Bismarck weiter, denn die Singulierung, daß die Deutschen erst recht nichts mit dieser Hauptüber-lesung aller Despotie zu tun haben wollen, sicherlich erst Abwendung v. i. ist. Fundamentale ist Bismarcks Ausspruch über England: „Die Politik Englands glipfelt in dem einen Wort: Materialismus! England ist der gefährlichste wirtschaftliche Gegner Deutschlands.“ Das ist der springende Punkt! Es handelt sich darum, unsre wirtschaftliche Nachposition, die mehr und mehr zur Weltkellung wird, niederzurufen. Darum das Bündnis Englands mit dem despotischen Rußland, dem revanchefürchtigen Frankreich und dem aufstrebenden,

aber hinterhältigen Japan. Und wie hat England in den letzten Wochen nicht alles gegen Deutschland geübt, damit auch andre Staaten noch die Brandfackel gegen uns schleudern! Zutreffend sagt Bismarck deshalb vor 19 Jahren: „Wiel eher wird die Zukunft auf Amerika aufmerksam machen, das mit uns gemeinsame Interessen gegen England verbindet.“

Der Reiz um die wirtschaftliche Lichtigkeit Deutschlands ist es in erster Linie, der die größten Länder zu uns in offene Feindschaft verzieht hat. Deshalb hat auch die Arbeiterschaft ein so eminentes Interesse an diesem unabwendbar gewordenen Massenkampf, und darum setzt sie alles freudig daran, Deutschland als Sieger daraus hervorgehen zu lassen. Nachher werden wir die wirtschaftliche Weltstellung nicht nur haben, sondern auch behaupten können. Die Heldentaten unserer großartigen Behr an Land und zur See lösen deshalb auch eine überwältigende Massenempfindung aus, die die beste Gewähr für den endlichen Sieg bildet.

Ein richtiger Germane war vor dem Kriege Mitglied des Deutschen Flottenvereins. Ob die „Korr.“-Redaktion diesem alldeutschen Schreierklub als korporatives Mitglied angehört hat, weiß man nicht. Die Propaganda des Flottenvereins fiel jedoch auch im „Korr.“ auf fruchtbaren Boden. In Nr. 111, 24. September 1914, tobt neben der Kellame für die Kriegsanleihe der Flottenkoller:

In unsern Kolonien zeigt der Engländer, dem unser Reichskanzler vor aller Welt ein so großartiges Privatissimum über seine Neutralitätsbrüche und vor keinem verbrieften Rechte zurückschreckenden Annexionsgelüste gehalten hat, worauf Grey nichts Durchschlagendes zu erwidern, zum Teil nur mit neuen gewagten Behauptungen zu antworten wußte, einen Wagemut, der ihm der versammelten deutschen Flotte gegenüber noch völlig abgeht. Aber auch die Besetzung der schwach oder gar nicht geschützten deutschen Kolonialpunkte wird den heutigetägigen Engländern nicht leicht gemacht. So manches englische Marineschiff hat schon daran glauben müssen. Nach Angaben der englischen Admiralität hat die englische Flotte bis jetzt schon elf Kriegsschiffe verloren, wobei der Verlust an Untertseebooten und an Hilfskreuzern noch gar nicht eingerechnet ist. Wir verloren noch den kleinen Kreuzer „Vela“ sowie den bewaffneten Hilfskreuzer „Kap Trafalgar“, dessen Mannschaft jedoch durch einen deutschen Dampfer gerettet wurde.

Der „Korrespondent“ schlug seine patriotischen Wurzelbäumchen, und das Unternehmertum hatte helle Freude daran. Verschächerte ihm doch dieses Arbeiterblatt die Kulis zu den Befestigungsarbeiten, bei denen Riesengewinne gebucht werden konnten. In Nr. 131, 10. November 1914, wird den Kollegen gesagt, „was auf Arbeiterseite nicht vorkommen darf“:

In einer der letzten Nummern des „Korrespondenzblattes“ lasen wir, daß das Organ der Bauarbeiter sich kürzlich zu ähnlichen Behauptungen genötigt sah. Nach der Konstatierung, daß zu Anfang des Krieges mit Ausnahme der Orte, wo die Militärverwaltung Befestigungsarbeiten ausführen ließ, die Bautätigkeit so gut wie ganz zum Stillstande gekommen war, und daß die private auch jetzt noch nur in geringem Umfange stattfindet, heißt es: „Mit Recht wird das geradezu unverantwortliche Verhalten von Arbeitslosen gerügt, die unter allerlei kleintlichen Ausreden sich gedrückt haben, um auswärtige Befestigungsarbeiten zu übernehmen. In einer Großstadt mit vielen Hunderten arbeitsloser Bauarbeiter ist es nicht möglich gewesen, in einer allerdings knapp bemessenen Zeit den Wunsch nach Ueberweisung einer bestimmten Anzahl von Arbeitern nach einer andern Stadt auch nur zum zehnten Teil zu erfüllen.“ Nach Erwähnung der Gefahren und der unendlichen Kustrennungen, denen unsere Arbeitsbrüder draußen im Felde ausgesetzt sind, wird noch zutreffend

geklagt: „Es ist es geradezu beschämend, daß es arbeitslose Arbeiter gibt, die sich um Befestigungsarbeiten drücken.“

Bei den Buchdruckern würde, das dürfen wir wohl sicher sein, für einschlägige Arbeiten sich sofort ein großes Angebot melden. Die Schriftgießer könnten sogar fast vollständig aufmarschieren; von ihnen sind ja leider nur noch 10 Prozent beschäftigt. Aber nach Buchdruckern ist eben keine solche Nachfrage, wir sind daher auch am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Von unsern arbeitslosen Kollegen hat sich sogar eine Anzahl zu Arbeiten gemeldet, wozu eigentlich nur Bau- oder Erdarbeiter in Betracht kommen.

Für die Stimmen der Aufrechten und internationalen Sozialisten war in diesen Zeiten chauvinistischer Hochkonjunktur im „Korr.“ kein Raum. Ein Artikel eines Berliner Kollegen, der der „Korr.“-Redaktion in jenen Tagen zugegangen war, als das traurige Beispiel der vom Siegeswahnsinn befallenen Arbeiterführer auch die Sinne ihrer seitherigen Weisheit vollständig zu verwirren drohte, wurde abgelehnt, nur weil er ein leiser Mahnruf war an die deutsche Kollegenschaft, sich treu zu bleiben und nicht zu sehr einer Begeisterung hinzugeben, die unermessliches Elend im Schoße trug. Der Briefkasten fällt ein weises Urteil und orakelt: „... diesen Artikel wird Ihnen jetzt niemand aufnehmen, also auch wir nicht. Eine solche Unentwegtheit ist meistens das Gegenteil vermeintlicher Vorgesrittenheit.“ („Korr.“ Nr. 112, vom 26. September 1914.) Der „Korr.“ hielt sich immer zu den stärkeren Bataillonen! Die aber waren damals noch bei dem Deserteur von Amerongen, bei Ludendorff und Tirpitz. Die Schreibweise des „Korr.“ war während der Kriegsjahre bewußt auf das Durchhalten und für die Verlängerung des Krieges eingestellt. Das wird jedem bis zum Klei klar, der sich die Kriegsbände dieses Gehilfenblattes durchsieht. Was aber erklärte der Vertreter des „Korrespondent“, Willi Krahl, auf dem 7. internationalen Buchdruckerkongreß im September 1919 zu Luzern? „Der „Korr.“ hätte sich stets gegen den Krieg ausgesprochen.“

In einer Betrachtung über den Luzerner Kongreß schreibt der „Korr.“ am 21. Oktober 1919: „Mit der erhabenen Ruhe, die ein gutes Gewissen immer noch in Friedensware herzugeben vermag, und mit der kollegialen Unvoreingenommenheit, die uns dem Kollegen Reuser schon am ersten Tage wie sonst entgegengetreten ließ, wurde gesagt — namentlich vom Kollegen Seib in ausgezeichnete Weise —, wie die deutschen Gewerkschaften und auch unser Verband in Wirklichkeit zum Kriege gestanden haben, daß bei ihnen nicht einen Augenblick das Gefühl der Berfeindung aufzukommen vermocht hat, und daß der „Korr.“ mehr die Entfernung anderer von dem guten Pfade des Desinteresses an den Kriegsforderungen eingurenken bemüht gewesen, als selbst auf diese Fährte gekommen ist. Auf die sogenannte Schuldfrage brauchten und wollten wir uns nicht einlassen.“ Ein Stück weiter unten wird nochmals ängstlich die Erörterung der Schuldfrage abgewehrt: „Der den 7. internationalen Kongreß beherrschende Geist der Verähnlichkeit, gepaart mit der klaren Erkenntnis, daß alle Kriegsschuldfragen abwegig sind, daß die Richtigkeits-erwägungen für die internationale Buchdrucker-Gemeinde aber gar nicht scharf genug sein können, hat ein Ergebnis von Luzern gezeitigt, womit die Anwohner wie die Veranstalter wohl zufrieden sein können.“ Die

Kollegen werden aus den wenigen zitterten Kriegsummern des „Korr.“ ersichtbar, warum die deutschen Vertreter sich nicht auf die „sogen. Schuldfrage“ einlassen wollten. Die „erhabene Ruhe in Friedensware“, mit der die internationale Kollegenschaft in Luzern irreführt wurde von der deutschen Delegation, kann wahrlich nur einem fettgepolsterten Gewissen entspringen, das um der „Konservierung des alten guten Buchdruckergeistes“ willen gern eine Lüge auf sich nimmt.

Wären die Reuser, van der Wal und sonstigen sozialpatriotischen Vertreter auf diesem Kongress nicht genau so absolutionsbedürftig gewesen wie die Krahl, Seig und Eisler, dann hätte diese bewusste Beugung der Wahrheit den zitierten Redner unmöglich gemacht. Fürwahr, die deutschen Kollegen sind langmütig, sehr langmütig und sehr leicht vergeßlich.

Der „Korrespondent“ und die Revolution

Als die starken Bataillone der Ludendorff und Hindenburg ins Wanken kamen, hielt es auch das „friedensverlangende Herz“ in der „Korr.“-Redaktion für klug, eine Schwertung vorzunehmen. Es stöhnt über „Soyjmannisches Säbelgerassel“ und jammert, daß manches „bei uns zu schärferer Beurteilung gezwungen habe“. Das friedensverlangende Herz bittet den gefräßigen deutschen Imperialismus, in sich zu gehen und dem grausamen Spiel ein Ende zu machen, da doch der Ranzen genügend gefüllt sei. Schließlich tröstet sich aber das friedensverlangende Herz damit, daß ja der Imperialismus der „Begner“ nicht minder schwer belastet ist. Im Oktober 1918 (Nr. 118) wird das friedensverlangende Herz, das im Jahre 1914 noch so ganz vom Durchhalten bejeelt war und mit Bismarckschen Kürassierstiefeln an seinen schwabbligen Beinden einherstolzerte wie die Straßenkinder mit Papierhelm und Pappschwert, dieses friedensverlangende Herz also wird im Oktober 1918 von großem Mut befallen und spricht im Anschluß an den „Kaisererlaß“ von dem „Erfordernis einer totalen Umstellung der inneren Politik“. Vorher hatte es natürlich klug abgewartet, was die großen Brüder sagen würden. Als jedoch das „Korrespondenzblatt“ die Regierung der „Vertrauensmänner des Reichstags des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts“ ankündigte, da war nichts mehr zu riskieren, und das friedensverlangende Herzchen triumphtierte über die „zärtlichen Verwandten“ vom Gutenbergbund und Typograph. Sahen doch von jetzt ab nicht mehr nur die Hirten der gelben Schafe in der Regierung, waren doch die Kaiser-Sozialdemokraten regierungsfähig geworden!

Der „Korr.“ blieb sich auch in den Revolutionstagen treu. Eine sehr kluge Politik wurde in der offiziellen geistigen Zentrale des Verbandes betrieben, und vorzüglich wurde bei allen Ereignissen abgewartet, wohin sich die Mehrheit schlägt. Der „Korr.“ kommentiert tapfer den „feierlichen Appell“ der neuen Regierung (immer noch Königlich preussischer!) vom 4. November und schließt sich vollinhaltlich der Mahnung zur Ruhe und Ordnung an. Der Ausruf der Regierungssozialdemokraten vom gleichen Tage findet ebenfalls den wärmsten Beifall, und dem friedliebenden Herz in der Redaktion des „Korr.“ sind die Warnungen an den „schärfer auftretenden Bolschewismus“ aus der Seele gesprochen. Das Gespenst des Bolschewismus wird heraufbeschworen, und die unternommenen Aktionen werden als „sinnlos und töricht“ verworfen. Die Revolution wird vom „Korr.“ abgelehnt. Während alle glühenden Herzen dem revolutionären Kampfzeichen entgegenjubeln und über die „Umstellung der inneren Poli-

tit“ hinaus zur völligen Beseitigung der alten Machthaber und zur sozialistischen Revolution drängten, während der bewaffnete Aufstand der verbündeten Arbeiter und Soldaten im Begriff ist, im heiligen Bürgerkrieg, dem einzigen Krieg, der nach Marx Berechtigung hat, die Verbrecher an der arbeitenden Klasse zur Rechenschaft zu ziehen und die sozialistische Republik der Arbeiter- und Soldatenräte aufzurichten, orakelt die alte Lunte in der „Korr.“-Redaktion am 7. November 1918: „Revolution heißt Bürgerkrieg. Für diese Umwälzung wird jeder klar denkende, mit dem Volkswohle wie mit der Arbeiterfrage im besonderen es ernst, gewissenhaft und verantwortungsbewußt nehmende Mensch nichts als Ablehnung empfinden.“

Diese lakonischen Bemühungen um die Erhaltung der Hohenzollernmonarchie und der kapitalistischen Wirtschaft waren kaum aus der Notationsmaschine, als auch schon allerorten die rote Fahne gehißt wurde und die Revolution als Lokomotive vor der Weltgeschichte einherdonnerte. Dieses Geschehen wurde vom „Korr.“ schwer verstanden. Wozu brach jetzt nach der Sturm los, „nach dem doch unverkennbaren Systemwechsel mit Sozialdemokraten in der Reichsregierung“? Am 9. November fühlte auch der „Korr.“ den mächtigen Pulsschlag der Revolution. „In dieser Woche haben sich in Kiel, Hamburg, Lübeck und Stuttgart Vorgänge abgespielt und werden jedenfalls in andern Städten Nachfolge finden, die von den einen als wirkliche (!) Revolution und Besitzergreifung der öffentlichen Gewalt, von den andern als Putzsch großer Stils oder Gefirgen des politischen Massenstreiks angesehen und entsprechend bewertet werden. Wie die Meinung darüber, wird auch die Bewertung geteilt, und das wahre Urteil erst noch zu bilden sein.“ Diemeil noch nicht klar ersichtlich war, auf welcher Seite sich schließlich die starken Bataillone schlagen würden, verlegte sich der „Korr.“ nach bewährter Regel aufs Abwarten. Nach der Entscheidung würde er dann seine Leser mit einem klugen Urteil erfreuen. Vorerst war jedoch noch Vorsicht geboten, und so mahnte der „Korr.“ mit dem Reichskanzler und der sozialdemokratischen Parteileitung zur Ruhe und Besonnenheit.

Ein Schulbeispiel des offenen Verrats der gesamten Organisation gibt die Redaktion in der Nummer vom 9. November 1918, indem sie schreibt: „Die Gewerkschaften stehen den Vorgängen fern. Ihre Stellungnahme ist wie im Januar ablehnend für die Folgen, denn es handelt sich nicht um gewerkschaftliche Aktionen.“ Dieses feige Abdrücken von einer elementaren Massenbewegung, die damals eine Bewegung des gesamten Proletariats war, und deren Erfolge in erster Linie die Gewerkschaften einheimsten, sucht in der Geschichte der Arbeiterbewegung vor der Revolution vergebens nach Gleichnissen. Dieses erbärmliche Bekenntnis war die offene Sabotage der Revolution — die schleißende Gegenrevolution, wie sie sich dann im weiteren Verlauf der Revolution so ekelhaft im „Korr.“ entfaltete.

Als die revolutionären Ereignisse zunächst ihren Höhepunkt überschritten hatten, hatte sich auch die „Korr.“-Redaktion ihr Urteil gebildet. Am 14. November 1918 wurden die Kieler Matrosen, die am 9. November noch als Putzschiffen großen Stils galten, zu „Missionaren“ der Revolution: „In Deutschland aber hat die Woche vom 8. bis 9. November tatsächlich (!) die Revolution gebracht.“ Der „Korr.“ blinzelte noch schlafrunken mit den Augen. An der Tatsache selbst war aber nichts mehr zu ändern, und da die Mehrheit bei der Revolution stand, war es ja ganz ungefährlich,

mal näher an das Ding heranzugehen. Ja, es offenbarte sich, daß „man sie mit Fug die größte aller Revolutionen nennen könnte“, und daß ihr schließlich gar so etwas wie eine Weltrevolution nachfolgen kann, die dann gegenüber den Allierten „gewissermaßen ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit“ wäre. So wurde in der „Korr.“-Redaktion aus dem Kielet-Putsch die größte aller Revolutionen, in deren Herzen die Weltrevolution schlummert.

Die ökonomische und politische Oberflächlichkeit gegenüber allen sozialen Problemen kennzeichnet alle Arbeiten des „Korr.“-Leitartiklers. Hinter einem Wust schwülstiger Redensarten und nichtssagender Wortdrehselen sucht sich die offenkundige Unfähigkeit, tiefsärfend und wegweisend der Kollegenschaft voranzuschreiten, zu verbergen. Statt zielklarer Parolen allgemeine Phrasen, wie „besonderer Buchdruckerstandpunkt“, „praktischer Arbeiterstandpunkt“, „einheitliche Arbeiterpolitik“. Diese verschwommenen Begriffe in einer gärenden Zeit, da nur freimütiges Bekenntnis zu einer fest umrissenen Auffassung die Arbeiterklasse zur inneren Klärung und damit auch zur Einigung führen. Dieses politische Dörrgemüse wird der Kollegenschaft auf der Speisefarte als „parteilos“ neutrales Gericht angepriesen. In Wirklichkeit ist es nichts anderes als das Programm der Prosperitätstheorie, der Wiederaufrichtung des Kapitalismus, der sozialen Versöhnung auf dem illusionären Boden der Sozialreform, „die Ausnützung der gewonnenen Machtstellung im Staate zu einer gründlichen Reform des Wirtschaftslebens.“ In dieser „Reform des Wirtschaftslebens“ ist nach Meinung des „Korr.“ die Tarifgemeinschaft Ausgang und Ende. War die Erhaltung der Tarifgemeinschaft bestimmend für die Kriegspolitik des „Korr.“, so war sie es in noch weit höherem Maße für die Haltung dieses Blattes nach der Revolution. In der Beurteilung und Bewertung der nachrevolutionären Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse bewegte es sich geistig auf der Höhe eines rechtssozialistischen Provinzblättchens, wobei man dem letzteren immer noch zugutehalten darf, daß die Bekämpfung der sozialen Revolution zur Existenzfrage der rechtssozialistischen Partei geworden ist. Die Schreibweise des „Korr.“ darf sich das Verdienst anrechnen, zur Isolierung der Buchdrucker in der allgemeinen Arbeiterbewegung einerseits und zur Erziehung rechtssozialistischer Parteigänger andererseits das möglichste getan zu haben. Wenn ihr dies trotzdem nicht gelungen ist, so zeugt das von der Stärke der ökonomischen Entwicklung und von der Unmöglichkeit des Reformsozialismus, die Arbeiterschaft im allgemeinen und die Buchdrucker im besonderen aus ihrer elenden Lage zu befreien.

Der Kampf gegen die Opposition

Meinungsverschiedenheiten, die gegensätzlicher Ueberzeugung entspringen, sollen gewiß nicht durch Verküsterung aus der Welt geschafft werden, aber der Kampf der Meinungen darf nicht zur Demagogie herabfallen.

„Korr.“, 17. Dezember 1918.

Die objektiven Ursachen der gewerkschaftlichen Opposition im Verbands der Deutschen Buchdrucker sind gleich denjenigen in andern Verbänden politischer Natur. Sie entspringen den Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben der Deutschen Gewerkschaften in der Revolution, finden also ihre letzten Wurzeln in der Stellungnahme zur Revolution.

Nur die historische Mission der Revolution im Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft und damit in der Festigung des bürgerlichen Klassenstaates erblickt, der muß auf der Seite der Legion und Masse kämpfen. Die Elemente in der deutschen Arbeiterbewegung, die die Beseitigung der Klassengesellschaft und die Durchführung der sozialistischen Produktionsweise wollen, scharen sich um das Banner der Rätediktatur. Diese Spaltung der deutschen Arbeiterklasse in ein revolutionäres und ein konterrevolutionäres Lager ist eine geschichtliche Tatsache, die auch auf die Mitglieder der Gewerkschaften nicht ohne Einfluß bleibt. Die Leitung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und die Redaktion des „Korr.“ sind zusammengesetzt aus prominenten Vertretern der Arbeitsgemeinschaft, der sozialen Reform. Es ist das selbstverständliche Recht aller Kollegen, die grundsätzlich anderer Auffassung sind wie ihre vor der Revolution gewählten Instanzen, in Wort und Schrift für ihre Anschauung Anhänger zu werben und den Standpunkt der Verbandsleitung und der „Korr.“-Redaktion zu bekämpfen. Nicht minder unbestrittenes Recht des „Korr.“, als Organ der Verbandsleitung, ist es, den Forderungen und Beweisführungen der andersdenkenden Kollegenschaft mit den ihm zu Gebote stehenden Argumenten entgegenzutreten. Die Anerkennung der sachlichen Differenzen und die Gewährung vollster Meinungsfreiheit sind die Voraussetzungen für einen, wenngleich scharfen, so doch sachlichen Waffengang. Diese Voraussetzungen hat der „Korr.“ gegenüber der Opposition von vornherein vernichtet, indem er seine Redaktionsführung in skrupelloser Weise, unter Anwendung demagogischer Mittel dazu benutzte, die Kollegenschaft irrezuführen, an die Stelle sachlicher Auseinandersetzung persönliche Verleumdung setzte und grundsätzliche Diskussionen auswich.

In der Anwendung der Mittel zur Unterdrückung und Diskreditierung unliebsamer Meinungen war die Redaktion des „Korr.“ nicht wählerisch. Zunächst versah sie alle ihrer Auffassung nicht entsprechenden Aufsätze mitten im Text fortlaufend mit Einschaltungen, die das Gesagte abschwächen oder widerlegen sollten. Als dieses jedem journalistischen Aufwand hohnsprechende Manöver in Kollegentreifen berechnigte Empörung auslöste, versiel die Redaktion darauf, den ihrem Standpunkt widersprechenden Artikeln eine längere Anmerkung folgen zu lassen. Aber auch dieses Mittel wirkte noch zu augenfällig, und so wählte die Redaktion in letzter Zeit den direkten und bequemen Weg der Ablehnung von nicht genehmten Einsendungen oder brachte diese nur stückweise, um sie derart auszubenten, daß der Verfasser der Lächerlichkeit preisgegeben werden sollte. Diese Methoden bilden nur einen Teil der „bewährten Gewerkschaftsstrategie“, die überall dort, wo sie die Macht hat, diese mit aller Brutalität anwendet.

Der Kampf der politischen Richtungen, die in den einzelnen Mitgliedschaften um Anerkennung und Mehrheit ringen, erzeugte scharfe Reflexe im „Korr.“ Die Redaktion des „Korr.“ zeigte sich völlig unfähig, sich sachlich mit der Opposition auseinanderzusetzen. Genau so wenig war sie imstande, grundsätzlich klärend auf die Mitglieder einzuwirken. Sie suchte vielmehr ihren rechtssozialistischen Parteistandpunkt hinter abgestandenen Platteheiten und allgemeinen Redewendungen zu verbergen. Was Wunder, wenn in unsern geschichtlich bedeutenden Tagen das Blatt derjenigen Arbeiter, die der übrigen Menschheit die Erzeugnisse des Geistes vermitteln, ein beschämendes Bild geistiger Armut und bemitleidenswerter Hilflosigkeit bietet! Dieser Eindruck wurde noch verdeutlicht durch persönliche Sottisen und geschmacklose, witzarme Schimpfereien. Litera-

rische Fehlgeburten wie der „Achtelpetit-Gannes“ (Nr. 116, 1919) werden der enttäuschten Nachwelt noch Kunde bringen von der geistigen Tiefstand ihrer Vorfahren in einer Epoche weltgeschichtlicher Umwälzung. Erhöhternd wirkte in dieser Zeit der redaktionellen „Kümmernisse“ für den kühnen Beobachter der verzweifelte, fast in jeder Nummer des „Korr.“ wiederkehrende Schrei der Redaktion nach den rechtssozialistischen Hilfskruppen, die als die starken Bataillone durch Massenwirkung ersuchen sollen, was den Führern an geistigen Fähigkeiten und überzeugenden Argumenten fehlt. Mit dem Federkiel in der ruhmreichen Hand steigt der Leitartikler des „Korr.“ „auf die Schanzen“, um in dieser „zeitlichen Trübsal“ seinen Heerbann zu sammeln, der berufen und befähigt wäre, „beruhigend“ zu wirken. Er frateelt über die „apathische Trägheit der Mehrheit“, über „das Ausreißen so vieler, deren Anstrengung nur in passiver Anteilnahme bestand“, und zeterst „über das couragierte Auftreten unkurierbarer Illusionisten und die schwächliche Haltung der Mehrheit“. Die „unglaubliche Passivität“ der sogenannten Mehrheit in Leipzig, die heute schon Minderheit ist, ist nach dem „Korr.“ „das schlimmste aller derzeitigen Uebel in Leipzig“. Das „beschämende Defizit zu Lasten der Mehrheit“ veranlaßt die Redaktion sogar zu dem mutigen Beschluß, die Leipziger Versammlungen ohne „unsre“ Mitarbeit zu lassen. Das heißt aus der Athletensprache des „Korr.“ in gutes Mitgliederdeutsch übertragen: zu kneifen. Der arme Nachwächter in seinem „Leuchtturm“ merkt gar nicht, daß er mit seinem Appell an die „Mehrheit“ sich aufzuraffen, nur seine eigene unfruchtbare „Erziehungsarbeit“ geteilt.

Die Unfähigkeit, sich mit den Grundforderungen der Opposition auseinanderzusetzen, läßt den „Korr.“ zu seiner „guten Hausmannskost“ Zusätze nehmen. Damit der „Gewerkschaftsnachwuchs“ seinen Meister am Herde kochen kann, seien hier einige Proben dieser trefflichen Kost mitgeteilt. In Nr. 15 (1920) war die erste Massenspeisung gläubiger Jünger aus der Gartüchle des „Korr.“ Die „sektiererischen Buchdruckerseelen“, die sich unter dem „aufblühenden Kennwort“ Buchdruckeropposition zusammenfinden, „qualen aus tiefen Sümpfen und Dredslachen“. „Gewissensmagen nach dem Naturgesetze des Affentriebes“ werde die „Sparte der schmerzhaften Frohnaturen“ mit ihrer „reichlichen Schlagwortpraxis“ den „Rutsch in den Sumpf“ vornehmen. Nach dem wohlgenährten Gartof hat „die neuzeitliche, auch mit den Merkmalen der Seelenversenkung und Gehirnerbeulung durch den alles vermillstenden Krieg behaftete Buchdruckeropposition ein Doppelgesicht“. Das ist nur ein gedrängter Auszug aus einem Redaktionsartikel von 120 Zeilen. „Wie die Regenwürmer sich in der Pfütze herumstelen, so erfreuen sie sich und ihre blindgläubige Gefolgschaft an der verschwenderischen Austeilung von blöden Schlagworten oder dummen Schimpfereien aus mangelnder Begabung mit selbständigen Gedanken.“ Der gewerkschaftliche Nachwuchs wird an dem Meister seine Freude haben. Der geistigen Qualität, mit der der bierehrliche Gartof in der Redaktion des „Korr.“ seine Polemiken führt, entspricht durchaus die Unterstellung der Postenjägeri den linksstehenden Kollegen gegenüber. Auf der gleichen Höhe bewegen sich die ebenso plumpen wie hinterhältigen Drohungen: „... Es könnte sonst seine Einflügung in unsre „Ansichtspostkartensammlung“ geschehen, die wir je nach Notwendigkeit einem größeren Publikum vorlegen werden.“ (Nr. 16/1920.) Die beweislosen schleichenden Verdächtigungen, die durch Andeutungen den Gegner zu vernichten suchen, sind in ihrer feigen Gemeinheit der ganzen Art der Redaktionsführung würdig.

Ungefähr 2000 Zeilen braucht die Redaktion des „Korr.“, um unter dem Schlagruf „Falsche und richtige Methoden“ (wobei die Anwendung der richtigen Methoden durch den „Korr.“ selbstverständliche Voraussetzung ist für jeden gutgesinnten Leser!) die Opposition zu vernichten. Kaum 100 Zeilen dieser langatmigen Kontroversen sind sachliches Eingehen auf den Kern des ganzen Streites. Doch wieviel ökonomische und politische Unkenntnis auf diesem engen Raum! Zunächst hat der Verfasser der „richtigen Methode“ bis heute noch nicht begriffen, daß die Opposition in der Tarifgemeinschaft das Prinzip der Arbeitsgemeinschaft bekämpft. Tarifgemeinschaft ist Arbeitsgemeinschaft. Ein Blick auf die Abmachungen der Zentralarbeitsgemeinschaft der deutschen Unternehmerverbände und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und ihr Vergleich mit der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker zeigt dies auch dem geistig etwas weniger beweglichen Arbeiter.

Kollektiver Arbeitsvertrag (Tarifvertrag) und Tarifgemeinschaft wirft der Verfasser beständig durcheinander und hält die Beweglichkeit der einen und die Gebundenheit der andern für das gleiche Prinzip. Zu den Arbeitsgemeinschaften wird in Nr. 22 (1920) gesagt: „Es ist wohl auch zu sagen, daß das Wort Arbeitsgemeinschaft Anstoß erregt; hätte man den Namen Wirtschaftsrat gewählt, wäre trotz aller Unkenntnis und Stimmungsmache die Sache der Masse vielleicht glatt eingegangen.“ Ist das Unfähigkeit oder Demagogie? Eine reaktionäre Einrichtung soll mit einem schmachhaften Namen versehen werden, damit sie der Masse besser „eingeht“. Buchdruckermeister, merkst du was!? Endlich hört man auch etwas über die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften. „Die Arbeitsgemeinschaften, wie die Gewerkschaftsführer sie auffassen, sollen doch die wirtschaftspolitische Diktatur des Unternehmertums eindämmen und beseitigen, im Endeffekt also nicht dem Kapitalismus, sondern dem Sozialismus dienen.“ Arm in Arm mit den Kapitalisten werden die deutschen Gewerkschaftsführer „die wirtschaftspolitische Diktatur des Unternehmertums eindämmen und beseitigen“ und damit den Sozialismus in die ausgestreckten Hände der gutgläubigen Arbeiterschaft legen. O heilige Einfall! Was waren doch Marx und Engels für Lören gegenüber diesen Gartöchen, mit denen die Geschichte die deutsche Arbeiterbewegung gestraft hat. Wirklich ein lässliches Bild. Die neuen Zeitungsdictatoren Stinnes-Hugenberg und die Arbeitsgemeinschaftler Krahl-Seiß im brüderlichen Einvernehmen „beseitigen“ im Schweiß ihres Angesichts „die wirtschaftliche Diktatur des Unternehmertums“. Daneben steht Ulstein als Leiter der Unternehmer-Kampforganisation, verständigt sich mit der Technischen Nothilfe und den kaiserlichen Truppen, um in seiner Eigenschaft als führender der Arbeitsgemeinschaftler auf Unternehmenseite, als Vorsitzender „unsrer Prinzipale“ (wie der „Korr.“ so schön sagt) im Tarifamt und Tarifauschuß „dem Sozialismus zu dienen“. Es ist „ein Unglück für die deutsche Arbeiterschaft, daß sie den aus parteipolitischen Gartücheln stammenden Schlagwortweisheiten noch so unbedenklich nachläuft“. Auch der „Korr.“ hatte lichte Momente, als er diese Worte schrieb.

Wege und Ziel der Opposition im Verband der Deutschen Buchdrucker

Warum sind die Arbeiter aus dem Maschinen- und Seheraal, aus der Stereotypie und dem Korrektorenzimmer in ihre Gewerkschaft, den Verband der deutschen Buchdrucker eingetreten? Sie erblicken in dem Verband die Massenorganisation, mit deren Hilfe sie den Kampf gegen das graphische Kapital um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen führen. In den Zeiten friedlicher Entwicklung mit ihrem Wechsel von Prosperität und Krise waren die Bedingungen dieses Kampfes und ihre objektive Abhängigkeit von den politischen Machtverhältnissen völlig verändert gegenüber den gesellschaftlichen Zuständen der Nachkriegszeit. In der Epoche der Weltrevolution, in die wir eingetreten sind, erweist sich der geschichtlich notwendige Sisyphuskampf der Gewerkschaften immer mehr aufgestanden, die Lage der Arbeiterklasse innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise dauernd zu bessern. Eine stete Aufwärtsbewegung der Lage der arbeitenden Klasse müßte unter der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft an dem Gesetz der Verteilung des produzierten Mehrwerts und der Reichtumsquellen rütteln. Die Produktion nach dem Grundsatz der Rentabilität ist jedoch immanentes Gesetz der kapitalistischen Warenproduktion. Es hieße dieser Produktion den Boden ihrer eigenen Lebensfähigkeit entziehen, wollte man auf ihrer privatwirtschaftlichen Struktur ein sozialistisches Verteilungssystem aufrichten. Der Staat, der diese illusionäre Reformpolitik verwirklichen könnte, müßte ins wirtschaftliche Chaos stürzen. Weder durch Flug ausgestützte Verteilungs-, noch Geldsysteme lassen sich die Probleme des ökonomischen Wiederaufbaues unserer Gesellschaft lösen, sondern nur durch revolutionäre Umwälzung der Produktionsweise.

Wenn die Gewerkschaften in ihrer Taktik gegenwärtig noch in der friedlichen Epoche des Kapitalismus wurzeln und ihr ganzes Sein nur auf Reformpolitik einstellen, so muß man sich darüber im klaren sein, daß der Erfolg dieser Politik abhängig ist vom Wiederaufbau des Kapitalismus. Eine erschöpfte und chaotische kapitalistische Volkswirtschaft kann wohl durch die Macht der Arbeiterklasse nach sozialistischen Methoden wieder gestärkt und geordnet, also ihres kapitalistischen Charakters entkleidet werden, es lassen sich aber aus ihr auf die Dauer keine Sozialreformen herauspressen. Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft nach kapitalistischen Methoden kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur vor sich gehen auf Kosten der Arbeiterklasse. Die ungleichen Valutaverhältnisse, die Preisrevolutionen auf allen Gebieten, der ungeheure Rohstoffmangel haben vorderhand noch die Herrschaft des westeuropäischen über das mitteleuropäische, insbesondere deutsche Kapital. Sowohl auf dem Inlandmarkt wie auf dem Weltmarkt kann das deutsche Unternehmertum mit dem ausländischen nur konkurrieren, wenn es aus der Arbeiterschaft ein Höchstmaß von Leistungsfähigkeit herauspreßt, wenn der absolute Mehrwert sich um das Doppelte erhöht. Die Produktions- und Arbeitsmittel, investiert als konstantes Kapital, verlangen nach größtmöglicher Verwertung. Das bedeutet unter den jetzigen Umständen Aufhebung des Achtstundentags, allgemeine Einführung des Akkord- und

Prämienystems, Vermehrung des Arbeitszwanges und erhöhte Sozialisierung der Arbeiter durch die Hierarchie der industriellen Offiziere und Unteroffiziere, wilde Konkurrenz der Arbeiter untereinander aus Furcht vor Arbeitslosigkeit und dem Versinken ins Lumpenproletariat. Der Kampf zwischen den Gesunden und Kriegskrüppeln, zwischen Männern und Frauen würde frühkapitalistische Formen annehmen. Als schreckende Geißel schwebt über allen die industrielle Reservearmee. Vorläufig noch vom Staat und aus den Kassenschranken der Gewerkschaften ernährt, wird dies aufwühlende Heer der Arbeitslosen immer mehr zum drohenden Gespenst der Arbeitenden, da mit der zunehmenden ökonomischen Macht des Kapitals seine politische Gewalt sich automatisch steigert und als erste sozialpolitische Maßnahme die Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung erfolgen würde. Wo sind aber die Arbeitergrößen-Geldschränke, die dann den elementar hereinbrechenden Kampf um den Arbeitsplatz, die wilde Konkurrenz zwischen der Ware Arbeitskraft auch nur einzudämmen vermöchten? Die Tarifgemeinschaft wird am Ende dieser Entwicklung in tausend Scherben vor den Füßen der schlauen „Nardentenden, mit dem Volkswache wie mit der Arbeitersache im besonderen es ernst, gewissenhaft und verantwortungsbewußt nehmenden“ Gewerkschaftsführer liegen, und sie werden zu spät erkennen, daß ihre Unklarheit die Arbeiterklasse dem Kapital hilflos ausgeliefert hat.

Aus diesen Darlegungen ist zu folgern, daß die Hauptwaffe des Proletariats, seine Massenorganisation, ihre Methoden den neuen historischen und sozialen Bedingungen gemäß modifizieren muß. Das kann jetzt aber nur noch bedeuten, daß die Gewerkschaften den unmittelbaren Tageskampf den revolutionären Erfordernissen des Gesamtproletariats unterstellen. Die Parole lautet: Durch zum Sozialismus oder zurück zur frühkapitalistischen Lohnsklaverei. Wer dagaubt, mit besonderer Klugheit zwischen beiden Polen lavieren zu können, muß notwendigerweise auf Untiefen stranden. Wenn die Buchdrucker erkennen, daß die dauernde Verbesserung der Lebenshaltung des Arbeiters unter der kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr möglich ist, dann stehen sie auch schon im Lager ihrer Verbandsopposition, dann müssen sie für die innere Umgestaltung des Verbandes sich aus ehrlicher Ueberzeugung heraus einsetzen und dafür kämpfen, daß die Organisation den Zweck erfüllt, der die Mitglieder zum Beitritt veranlaßt hat.

Wie muß das geschehen?

Verbandsleitung und „Korr.“ haben durch ihre kurzfristige Berufspolitik eine geistige Isolierung der Buchdrucker von der übrigen Arbeiterbewegung verschuldet, die oft an die Grenze der Feindseligkeit reicht. Diese Isolierungspolitik wurzelt in jenen längstvergangenen Tagen, da die Buchdrucker als Pioniere der Arbeiterbewegung galten; ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht untersucht werden. Konservative Gefinnung und Dunkelhaftigkeit verkündeten sich marxischreierisch als „besonderer Buchdruckerstandpunkt“. Diese reaktionäre Erscheinung dürfen die geistigen Führer des Verbandes stolz als einen Erfolg ihrer „bewährten“ gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit buchen. Wo soll jedoch bei den Massen der Mitglieder die sozialistische Schulung herkommen, wenn die „Führer“ selbst noch unfähig sind, sich von bürgerlicher Ideologie freizumachen? Nach Willi Krahl, dem ältesten Redakteur des „Korr.“ und Verfasser der Verbandsgeschichte, bestehen in Deutschland noch vier Stände. In der Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker schreibt Krahl im Jahre 1918 auf Seite 5/6: „Die politische Vertretung des vierten Standes

ist in Deutschland die sozialdemokratische Partei." Damit macht ein deutscher Gewerkschaftsredakteur als Geschichtsklitterer aus einer Klassenpartei eine Standesvertretung. Diese ideologische Befangenheit der Führer in bürgerlicher Gesellschaftsauffassung gibt eine hinreichende Erklärung für die beschränkte Standes- und Berufspolitik im Verbands der Deutschen Buchdrucker. Die Opposition kämpft für die Durchführung einer gesunden Klassenpolitik, die den Verband mitten hineinstellt in die Kaders der revolutionären Massenbewegung. Es gibt Situationen im revolutionären Kampfe, in denen sich das engere Berufsinteresse dem allgemeinen Klasseninteresse strift unterzuordnen hat. Das ist besonders für die Buchdrucker, als die Vermittler gegenrevolutionärer Druckerzeugnisse, von entscheidender Bedeutung. Klassenpolitik betreiben, heißt, sich zum revolutionären Sozialismus, zur Diktatur des Proletariats bekennen, weil nur über die letztere der Weg zur klassenlosen Gesellschaft, zur Demokratie führt.

Der Kampf gegen die Tarifgemeinschaft als einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit ist das Ergebnis unserer Auffassung von den historischen Notwendigkeiten des revolutionären Klassenkampfes. Die Tarifgemeinschaft hat die Tendenz, in ihren weittragenden rechtsverbindlichen Beschlüssen die Massenorganisation (Gewerkschaft) auszuschalten und an ihrer Stelle die Entscheidung in die Hände weniger Führer zu legen. Wenn in der staatlichen Gesetzgebung der Wille zum Ausdruck kommt, die Beschlüsse der Tarifgemeinschaften mit ihrem Ueberbau von Schiedsgerichten und Schlichtungsausschüssen als unbedingt verbindlich zu erklären, und damit den Massen das freie Streikrecht genommen wird, dann ist die Sozialgesetzgebung und Arbeitsgemeinschaft die trefflichste Tarnlampe für die Diktatur des Kapitals. Dieser Entwicklung müssen auch die Buchdrucker entschieden ein Paroli bieten. Bei den Massen muß die Entscheidung liegen. Die Organisation muß den Unternehmern ihren Lohn tarif vorlegen, darf sich aber nicht außerdem noch dazu hergeben, diesen Herren den Profit zu garantieren und sich zur Ausbeutung der Konsumenten mit ihnen verbinden. Der wahre Charakter der Tarifgemeinschaft wurde in der resultatlos verlaufenen Tarifausschubführung vom 27. Februar bis 2. März 1920 von einigen Gehilfenvertretern wohl ohne Absicht, aber sehr treffend gekennzeichnet. Nach dem Bericht des „Korr.“ haben in jener Sitzung einzelne Gehilfenvertreter Ausführungen gemacht, die sie wohl schwerlich vor ihren Mitgliedschaften wiederholen werden. Ein Gehilfenvertreter weist den Prinzipalen gegenüber darauf hin, daß die Gehilfenschaft für den Drucktarif mit eingetreten sei, um das Gewerbe ertragsfähiger zu machen. Andre Arbeiterkreise dächten gar nicht daran, sondern beschränkten sich einfach auf das Fordern. Die Prinzipalität wäre dadurch verwöhnt worden. Ein nettes Eingeständnis! Ein offenkundiger Beweis für die Mühen, der sich die Beauftragten der Gehilfenschaft unterzogen haben, letzteren die Resultate ihrer Verhandlungen „eingehen“ zu lassen, wie der „Korr.“ so unverblümt schreibt. Ein anderer Gehilfenvertreter argumentiert laut „Korr.“: „Es werde in Gehilfenkreisen vielfach gesagt, die Prinzipale machten bei den Steuerzulagen noch ein Geschäft. Die Prinzipale sollten bedenken, daß die Gehilfenschaft an der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz mitgeholfen und die Gehilfenvertretung immer für beide Teile geforgt habe. Die Prinzipalität sei aber stets zu spät und dann in zu geringem Maße zu Zugeständnissen bereit gewesen, weshalb in der Gehilfenschaft eine Verwerfungsstimmung

Platz gegriffen habe. Ganz gewiß haben die Prinzipale von der Tarifgemeinschaft große Vorteile gehabt.“ Sind sie nicht zührend, diese klassenbewußten Gewerkschaftler, die so beweglich für das Wohl der notleidenden „Herren Prinzipale“ eintreten und für „beide Teile“ sorgen, wie sie dafür eintreten, daß das Gewerbe „ertragsfähiger“ gemacht wird, d. h. in gutem Kapitalistendeutsch, daß der Gewinn des Unternehmers wächst! Die Kollegenschaft wird an die Tarifvertreter die unangenehmste Frage richten müssen, von wem die letzteren das Mandat empfangen haben für den andern Teil, d. h. für die Unternehmer einzutreten? Der Bericht des „Korr.“ lüftet nur ein wenig den Vorhang; der Kundige weiß jedoch, was hinter den Kulissen gespielt wird. Die angeführten Tatkassen werden ausreichen, um auch dem größten Skeptiker klarzumachen, daß die Tarifgemeinschaft die Buchdrucker völlig in die Hand der Unternehmer gegeben hat. Die gewerkschaftliche Massenorganisation kommt gar nicht zur Geltung, ihre Aktionsfähigkeit zappelt hilflos in den Klauen des Tarifgemeinschaftsparagraphennezes. Wer sich nicht blind diesen Beweisführungen entziehen will, muß zur Ablehnung der Arbeits-(Tarif-)gemeinschaft mit dem Kapital kommen.

Die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern führt den Verband zurück auf den Boden des Klassenkampfes. Die wechselnden revolutionären Kämpfe müssen auch die Buchdrucker in dauernder Bereitschaft finden. Bei der zunehmenden Ausdehnung der Massenkämpfe und ihrer sich fortgesetzenden Politisierung ist die Anerkennung des Massenstreiks als politisches und wirtschaftliches Kampfmittel nichts anderes als das selbstverständliche Gebot der Selbsterhaltung. Ist der Verband der Deutschen Buchdrucker in den politischen Kampf aktiv eingetreten, dann muß er diesen Kampf auch unter einer klaren Parole führen. In solchen Situationen ist politische Neutralität Feigheit, Unklarheit, Heuchelei, kurz eine vollendete Unmöglichkeit. Die Entwicklung drängt die Gewerkschaften naturnotwendig in das Lager des revolutionären Sozialismus. Die Massenkämpfe gehen nicht mehr um die Aufrechterhaltung der formalen Demokratie und ihre parlamentarische Regierung. Sie werden vielmehr geführt um die Beherrschung der Produktionsmittel, die das Proletariat den Händen des Kapitals entreißen muß. Diese Kämpfe zeichnen sich in ihrer wachsenden Schärfe durch eine immer größere Radikalisierung der Massen aus, die ihre alten Führer weit hinter sich lassen oder einfach beseitigen. Es ist aber Aufgabe der politischen Führung, dem Massenwillen ein Ziel zu geben und seinen Fluß im marxistischen Sinne dem Ziele zuzuleiten. Will die Organisationsleitung nicht in den entscheidenden Momenten der Isolierung preisgegeben werden, dann muß sie nicht nur im wirtschaftlichen Kleinkrieg und in der gewerkschaftlichen Strategie bewandert sein, vielmehr muß sie politischen Weitblick besitzen, um im entscheidenden Augenblick die Formationen aus dem Stellungskampfe des Berufs auf das offene Schlachtfeld der Revolution führen zu können. Um eine Organisationsleitung zu erlangen, die diesen Anforderungen entspricht, müssen die politischen Richtungen innerhalb der Gewerkschaften untereinander kämpfen. Es erfolgen Fraktionsbildungen und Wahlkämpfe in den gewerkschaftlichen Organisationen. Die Geschichte schreitet unaufhaltsam ihre Bahn, unbekümmert um das Geschick derjenigen, die bei diesen Kämpfen etwas zu verlieren haben. Nach der Durchsetzung dieser Kämpfe, deren Höhepunkt wir augenblicklich erleben, wo sich die Fraktionen teilweise noch gleich stark gegenüberstehen, fällt die politische Neutralität von selbst. Es wäre jedoch verfehlt, aus dieser Ent-

wicklung schließen zu wollen, daß die Gewerkschaften dann auch die Aufgaben der politischen Parteien übernehmen würden. In ihrer massiven Geschlossenheit müssen die Gewerkschaften den wirtschaftlichen Tageskampf führen, der zur Vorschule wird für den großen politischen Endkampf. Die Opposition im Verband der Deutschen Buchdrucker tritt nicht aus dem Verband aus, um etwa eine unabhängige oder kommunistische Betriebsorganisation, Union oder Gewerkschaft zu gründen. Eine solche Gewerkschaft wäre nichts anderes als eine schlechtere Auflage der Parteien. Die Opposition kämpft innerhalb des Verbandes um ihre Ziele. Sie wird solange kämpfen, bis die Kollegenchaft in ihrer Mehrheit hinter ihr steht.

Die erste Epoche der sozialen Revolution wird gekennzeichnet durch den Kampf um die politische Macht. Nach dem erfolgreichen Sturm auf die Bastille des Kapitals folgt die weit schwierigere Epoche der Behauptung der politischen Macht und des Aufbaues der sozialistischen Wirtschaft. Die proletarische Revolution hat sich in ihrem Verlauf eigene Organe geschaffen, die als geschichtliche Notwendigkeit den Bestand der Volkswirtschaft im Chaos des Bürgerkrieges sicherten und damit das Wirtschaftsleben vor der Desorganisation und dem Zusammenbruch retteten. Diese aus der Revolution geborenen Organe sind die wirtschaftlichen und politischen Räte. Ersetzten die bürgerlichen Revolutionen die junkerliche Gewalt der feudalen Ständeversammlung durch die liberal-konservative Allianz des bürgerlichen Parlamentarismus, so kann die proletarische Revolution diese Herrschaftsorgane des Kapitals nur zerschüttern und an ihre Stelle die Klasseneinrichtungen des Proletariats setzen. Das sind die Räte.

Mit steigender Erbitterung führt die deutsche Arbeiterschaft seit der Enttäuschung vom November 1918 den Kampf um die Macht der Räte. Dem Druck der Massen im Frühjahr 1919 unter der Wirkung des mittel-deutschen Generalstreiks nachgebend, gestand die deutsche Regierung die „Verankerung“ der Räte in der Verfassung zu. Gestählt und gereift durch die revolutionären Kämpfe warfen die fortgeschrittensten Teile der deutschen Arbeiterklasse dem Betriebsrätegesetz der Nationalversammlung den Fehlschuh hin. Die Irreführung der Arbeiterschaft durch Scheinzugeständnisse war gründlich vorbeigelungen. Die Wahlen zu den Betriebsräten wandelten die Stätten der Produktion um in Schauplätze der politischen Propaganda. Infolge der Wachsamkeit des Proletariats wurde auch das Betriebsrätegesetz der Koalitionsregierung zu einem Mittel der revolutionären Aufklärung. Die Zusammenfassung aller Kopf- und Handarbeiter in den Räten und deren Schulung für den Sozialismus schon vor der Eroberung der politischen Macht, zwingt auch die Gewerkschaften zu klarer Stellungnahme. Die Opposition fordert deshalb von dem Verbande der Deutschen Buchdrucker das unzweideutige Bekenntnis zum revolutionären Räteystem, das in seinem wirtschaftlichen Aufbau die planmäßige Organisation der Produktion erst ermöglicht. Durch den Aufbau der wirtschaftlichen Räteorganisation soll die Selbstverwaltung aller Berufsarten, Industrie-, Handels- und Verkehrsweige gewährleistet werden. Die Grundlagen dieser Organisation sind die Betriebsstätten, die kleinsten gesellschaftlich-produktiven Einheiten des Wirtschaftslebens. Der Verband muß schon jetzt den Kampf um die Betriebsräte aufnehmen. Bei den kommenden Tarifkämpfen muß der Kampf um die Erweiterung der Macht der Betriebsräte in den Vordergrund

grund gestellt und damit der reformistische in einen revolutionären Kampf verwandelt werden.

Die Gewerkschaftsbewegung ist in Deutschland organisatorisch nicht der wirtschaftlichen Entwicklung gefolgt. Auf den Produktionsverbänden riesiger Industrien bauen sich noch zum größten Teil einzelne Berufsverbände auf. Der Einheitsfront des organisierten Kapitals stehen die Arbeiter großer Betriebe noch zersplittert in Berufsverbänden gegenüber. Diese ziehen aus einem einheitlichen Betriebe die Interessen der Arbeiterschaft nach verschiedenen Seiten, während der Industrieverband der Unternehmer die Unternehmerinteressen vereinheitlicht. Die Konzentration des Kapitals ist auch im Buchgewerbe rüstig vorangegangen und durch den Krieg eher noch gefördert worden. Nicht nur im Zeitungswesen haben ungeheure Kapitalien Anlage gefunden, auch der Buchdruck schaltet den kleinen Betrieb immer mehr aus und benutzt zur Erzielung einer rationellen Produktion die modernen technischen Einrichtungen der Buchdruckfabriken in den Großdruckstätten. Der Weg vom Rohprodukt bis zum Fertigfabrikat vollzieht sich in einem Hause, ohne daß das Halbfabrikat den Besitzer wechselt. In letzter Zeit hat auch die Schwerindustrie ihre Fingarme nach dem Zeitungsgewerbe ausgestreckt. Obwohl bei diesen Fusionen in erster Linie politische Motive maßgebend sind, so können diese Verschiebungen zugunsten der industriellen Scharmacher nicht ohne Einfluß bleiben auf die Unternehmer- und Hilfsorganisation. Der „Vorwärts“ berichtet über diese Vorgänge am 4. Februar 1920:

Die Herren Hugenberg und Stinnes haben mit ihrem und ihrer Freunde Geld in Berlin den „Veritas-Verlag“ begründet, der die Ausgabe hat, alles an Zeitungen anzukaufen, was irgend für Geld zu haben ist. So ist vor einigen Wochen der große Verlag von Bügenstein für den Preis von 1 1/2 Millionen Mark in die Hände der Stinnes-Hugenberg-Gruppe übergegangen. Und wie man in Berliner eingeweihten Kreisen vernehmen kann, hat sich der gleiche Konzern nunmehr auch zum Herrn des Scherl-Verlages gemacht, in dem neben zahlreichen illustrierten Zeitschriften, „Woche“, „Gartenlaube“ usw. die großen Tageszeitungen „Berliner Lokal-Anzeiger“ und „Tag“ erscheinen. Von da bis zu einer weiteren Annäherung an kleinere Berliner reaktionäre Blätter, die in nicht allzu günstigen finanziellen Verhältnissen leben, dürfte sodann bei den unbeschränkten Mitteln, die dem Konzern zur Verfügung stehen, nur ein Schritt sein.

Diese Art der „Eroberung“ der öffentlichen Meinung auf dem bequemsten Wege des Zeitungsankaufs wird selbstverständlich nicht nur in Berlin, sondern auch in der Provinz betrieben, und es liegen aus einer ganzen Reihe von deutschen Städten bereits darüber Nachrichten vor, daß dort mit großem Geldeaufwand und immer von derselben Seite heuschreckenhafte Blätter durch Ankauf oder Umwandlung bestehender begründet oder neu ins Leben gerufen werden.

Da der Versuch, eine eigene reaktionäre Mittelblattpresse zu schaffen, nur zu recht trübsinnigen Ergebnissen geführt hat, ist man auch auf diesem Gebiet auf Raub ausgegangen und hat eine recht ansehnliche Beute nach Hause gebracht. So sind, wie uns zuverlässig gemeldet wird, in diesen Tagen sowohl der „Einfachstimme“ als auch der „Kladderadatsch“ Dohmschen Angeborenen vom Stinnes-Hugenbergischen Zeitungstrust geschluckt worden.

Die ganze Bewegung ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird erst dann zu Ende sein, wenn keine deutsche Zeitung mit nennenswerter Auflage mehr vorhanden ist, die irgendwie für die großindustriellen Krustmagnaten erreichbar sein kann.

Dieser aggressive Einmarsch der Schwerindustrie in die graphische Industrie muß auch die Arbeiterschaft der letzteren zusammenschweißen und

die Umwandlung der Berufsverbände in einen Industrieverband als eine Forderung des Tages in den Mittelpunkt organisatorischer Probleme stellen. Der Unternehmer des graphischen Gewerbes ist in den meisten Fällen gleichzeitig organisiert im Verein deutscher Zeitungsverleger, im Deutschen Buchdruckerverein, im Börsenverein der Deutschen Buchhändler und im Deutschen Arbeitgeberverband. Diesem Industrieverband der Unternehmer stehen die Arbeiter, in folgende Berufsverbände zerstückelt, gegenüber: 1. Verband der Deutschen Buchdrucker, 2. Deutscher Buchbinderverband, 3. Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe, 4. Verband der Buch- und Steindruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen, 5. Notensetzergehilfenverband, 6. Deutscher Enkographenverband, 7. Verband der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in den Schriftgießereien, 8. Fabrikarbeiterverband (Papierherstellung), 9. Zentralverband der Handlungsgehilfen (Buchhandlungsgehilfen). Diese Aufstellung nimmt nur Rücksicht auf die freien Gewerkschaften. Christliche (gelbe) sind dabei unberücksichtigt geblieben. Der Zusammenschluß dieser Organisationen zum Industrieverband kann aber nicht von oben her befördert werden, wie das durch die Gründung des „Graphischen Bundes“ geschieht. Auf der Berliner Gauvorsteherkonferenz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker Anfang Dezember 1919 wurde auch die Frage des Industrieverbandes erörtert. Das magere Stimmungsbild des „Korr.“ läßt durchblicken, daß auf dieser Konferenz der revolutionäre Industrieverband in enge Verbindung mit sozialistischen Methoden gebracht wurde. Dem ungestümen Drängen der Massen nach dem Industrieverband können die oberen Verwaltungsbehörden der Verbände jedoch nicht ausweichen, und so stellten die Verbandsvorstände Satzungen eines „Graphischen Bundes“ und „Graphischer Kartelle“ auf und ließen diese auf der Gauvorsteherkonferenz gutheißen, ohne daß die Mitgliedschaften der Verbände vorher Gelegenheit gehabt hätten, zu diesen Vereinbarungen Stellung zu nehmen. Der erste Abschnitt dieser Satzungen bestimmt: „Die Organisationen der Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, Buchbinder und Buch- und Steindruckerhilfsarbeiter schließen sich zu einem Graphischen Bunde zusammen zur gemeinsamen Förderung und Wahrung beruflicher und gewerkschaftlicher Interessen und zu dem Zweck, die notwendigen Vorarbeiten zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes auszuführen.“ Der hierarchische Charakter dieser Gründung wird offenbar in Abschnitt 5, wo es heißt: „Zur Erledigung ihrer Aufgabe bestimmen die Vorstände der beteiligten Organisationen je drei Vertreter, die nach Bedarf — jedoch mindestens einmal monatlich — zusammentreten, um über die auftauchenden Fragen zu beraten, Beschlüsse darüber zu fassen und über die Durchführung der gefassten Beschlüsse zu wachen.“ Bei wichtigen Angelegenheiten — politischen Massenstreiks, Lohnbewegungen, Streiks, Aussperrungen — sollen die Vorstände der Verbände in ihrer Gesamtheit zusammentreten. Dieser neugeborene Bund, den die Gauvorstände aus der Taufe gehoben haben, ist die höchste Machtkonzentration in den Händen weniger Führer. Die Gewerkschaftsmitglieder sind bei weittragenden Beschlüssen gänzlich ausgeschlossen. Als Ziel schreibt den Zentralvorständen der graphischen Berufsverbände ein Industrieverband vor, der gleichzeitig der organisatorische Träger einer zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen dem graphischen Kapital und der in der Papierindustrie beschäftigten Hand- und Apparbeiter ist. Es steht außer allem Zweifel, daß diese

Entwicklung der völlige tradeunionistische Versumpfung der graphischen Berufsverbände nach sich ziehen würde. Die Opposition im Verbands der Deutschen Buchdrucker fordert deshalb den Aufbau des Industrieverbandes von unten her, aus den Betrieben heraus. Die alten Berufsverbände erstreben nicht den Einfluß auf das, worauf es jetzt ankommt, auf die Produktion. Sie begnügen sich mit dem Mitbestimmungsrecht bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses. Der Industrieverband, der bestimmenden Einfluß auf die Produktion haben will, muß organisch aus den Betrieben herauswachsen. Die Bezirke eines bestimmten, nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten abzugrenzenden Bezirkes (Gaus) entsenden ihre Organisationsdelegierten in die beschließende Körperschaft; in den Bezirksgruppenrat (Gauvorstand). Die einzelnen Wirtschaftsbezirke wählen auf Vorschlag ihres Bezirksgruppenrats den Reichsgruppenrat (Verbandsvorstand) für die Papierindustrie. Durch diesen demokratischen Unterbau wird der Gefahr der Bürokratisierung des Industrieverbandes entgegengewirkt. Die Uebergangsperiode von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise wird die Berufsverbände zwingen, ihre organisatorische Entwicklung in der schon skizzierten Richtung zu nehmen. Die nächste Epoche wird die Fossilisierung der Gewerkschaften und Betriebsräte in engem Zusammengehen finden. Die Reife der Massen soweit entwickeln, daß nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die Gewerkschaften als reformistische Berufsverbände keine Aufgaben mehr vorfinden und aufgehen in Produktionsverbänden, deren Grundlage das Räteystem ist. Die Opposition hat in jüher Ausdauer die Propagierung des revolutionären Industrieverbandes betrieben und ist dabei stetig zum Sammelbecken aller vorwärtsstrebenden Elemente geworden. Nicht ohne Bedeutung ist die Haltung der Kollegenschaft in einer Großdruckstadt wie Leipzig. Am 7. November wurde in einer Leipziger Gaumitgliederversammlung die folgende Erklärung mit einer überwiegenden Mehrheit angenommen:

Die von den Berufsorganisationen der in der graphischen Industrie Beschäftigten Hand- und Apparbeiter, insbesondere von dem Verbands der Deutschen Buchdrucker- und Schallgießergehilfen seit Jahrzehnten gepflogene Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum in Form der Tarifgemeinschaften hat die gegenwärtige Senkung der Reallohn nicht verhindern können. Das Abweichen der graphischen Verbände vom Boden des revolutionären Klassenkampfes hat zu einer Harmonie- und Reformpolitik geführt, die niemals zur sozialen Befreiung der Arbeiterschaft führen wird. Diese kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein und muß deshalb durch die Klassenkämpfe des Proletariats erkämpft werden. Diese Klassenkämpfe haben sich die Revolution selbst in den Arbeiter- und Betriebsräten geschaffen. Sie sind die Kampforganisationen, die das gesamte Proletariat umfassen und bräutigam berufen, in der Entscheidungsschlacht zwischen Kapital und Arbeit führend zu sein. Das wirtschaftliche Räteystem bereitet die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische nicht nur vor, sondern ist der Träger derselben. Das erfordert den planmäßigen Zusammenschluß verwandter Berufsgruppen zu Industrieverbänden, die in den Rahmen des wirtschaftlichen Räteaufbaues einzugliedern sind. Es handelt sich dabei nicht um eine formale Vereinnahmung der alten vorrevolutionären Gewerkschaften, sondern um einen im Interesse der sozialisierten Volkswirtschaft notwendigen Neuaufbau mit Hilfe der neuorientierten Gewerkschaften.

Die Papierindustrie ist eine besondere Industriebranche in der deutschen Volkswirtschaft. Zu ihr gehören: 1. die Papierfabrikation, 2. die Papierwarenherstellung, 3. das graphische Gewerbe, 4. Schriftgießerei, 5. Zeitungswesen,

6. Durchgewerke. Alle produktiv Tätigen in dieser Industriebranche müssen durch den Industrieverband erfasst werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, treibt die im Verbands der Deutschen Buchdrucker- und Schriftgießergewerkschaften organisierten Arbeiter für die Durchführung folgender Forderungen ein:

1. Umbau der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden.
2. Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern.
3. Anerkennung des Räteystems als Grundlage zur Sozialisierung.
4. Aufgabe der bisherigen politischen Neutralität.
5. Anerkennung des Klassenkampfes als wirtschaftliches und politisches Kampfmittel.
6. Grundsätzliche Forderung der Unterstützungsbeiräte.
7. Meinungsbestimmungsrecht der Mitglieder in Betrieb und Beruf.

Die gewaltige Geldentwertung hat nicht nur die soziale Fürsorge des Staates und der Gemeinden erschüttert, auch das humanitäre Unterstützungsweisen der Gewerkschaften ist vor unlösbare Aufgaben gestellt. Gegenwärtig hat es der Staat als seine Pflicht anerkannt, die soziale Fürsorge zu übernehmen. Es kann also nicht Aufgabe des Verbandes sein, den Staat durch weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Unterstützungs-einrichtungen seinen Pflichten zu entheben. Die vorhandenen Mittel müssen in wirksamer Weise zu Kampfwegen verwandt werden.

Die Tätigkeit der Opposition im Verbands der Deutschen Buchdrucker kann nicht besser zusammengefasst und auf eine Formel gebracht werden, als durch die Worte des Genossen Kautsky vom Jahre 1899 in seiner Antikritik: „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“ (Dietz, Stuttgart, Seite 105): „Unsere Aufgabe besteht nicht darin, das Proletariat mitten im Kampfe zu entmutigen durch grundloses Verkleinern seiner politischen Fähigkeiten, sondern darin, die höchsten Anforderungen an die politischen Fähigkeiten des Proletariats zu stellen und daher alles aufzubieten, sie möglichst zu steigern, so daß jeder Moment es auf der größten Höhe seiner Leistungsfähigkeit findet.“

Zu dieser Aufgabe gehört es aber nicht nur, daß wir das Proletariat organisieren und ihm bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpfen helfen. Dazu gehört es auch, daß wir den Blick des Proletariats erweitern über den Kreis seiner Augenblicks- und Berufsinteressen hinaus, daß wir es die großen Zusammenhänge aller proletarischen Interessen untereinander und mit den allgemeinen gesellschaftlichen Interessen erkennen lassen. Es gehört dazu, daß wir ihm große Zwecke setzen, mit denen es selbst zu höherem Geistesleben heranwächst, daß wir es erheben über die alltägliche Kleinarbeit, die unentbehrlich ist und die das Leben dringend erheischt, die es uns aber eben deshalb von selbst aufdrängt, ohne daß wir nötig hätten, dazu besonders eifrig zu mahnen. Sorgen wir dafür, daß nicht Kleinheitswahn das Proletariat und seine Ziele degradiert, daß nicht an Stelle einer weit ausblickenden grundsätzlichen Politik das Fortwärteln von Fall zu Fall eintritt, mit anderen Worten, daß nicht die nächsten Nützlichkeiten den Idealismus überwindet, daß nicht das Bewußtsein der großen historischen Aufgaben verloren geht, die dem Proletariat gestellt sind.“

Zeitung Königsberg, Anfang März 1920.

Paul Böttcher.

Jeder Kollege lese
den Graphischen Block!

Druck:
Leipziger Buchdruckerei AG.
in Leipzig

„Das Ziel der sowjetischen Besatzung“

Im „Palast“ begann am Dienstagabend eine Vortragsreihe sowjetischer Offiziere, die zu politischen Tagesfragen sprechen wollen, mit einem Vortrag des Hauptmanns Sinelnikoff über das Thema „Ziel der sowjetischen Besatzung in Deutschland“. Im Anschluss an die Behandlung der Entmilitarisierungsmassnahmen erklärte der Redner, dass in der sowjetischen Zone die Kohlenproduktion 91 Prozent der Vorkriegsförderung erreicht habe und der Interzonenhandel erfolgreich entwickelt wäre. Das Hitlerregime geisselte der sowjetische Offizier als einen „Kultus der groben Gewalt, gepaart mit Provokationen in der Innen- und Aussenpolitik“. Die jetzt von den sowjetischen Behörden geförderte Demokratisierung Deutschlands hätte „jahrhundertalte Träume der Bauernschaft in Erfüllung“ gehen lassen.

In der Frage der Reparationen sagte Hauptmann Sinelnikoff zu den deutschen Zerstörungen in Russland: „Wir können das alles nicht vergessen! Das deutsche Volk wird gewisse Entbehrungen auf sich nehmen müssen. Aber die Erfüllung der Reparationen ist die Bedingung zu einer Rückkehr in die Familie der Völker.“ Der Sprecher der sowjetischen Besatzungsmacht hatte sich bei der Höhe der Reparationen auf die während der Krim-Konferenz geforderten zehn Milliarden Dollar berufen. — Er wandte sich im Laufe seiner Ausführungen auch gegen die Politik der westlichen Besatzungsmächte, wobei er aussprach, dass dort „die alliierten Beschlüsse und die Wünsche des Volkes zwei verschiedene Sachen“ wären.

Als der Redner auf die künftige deutsche Friedensindustrie zu sprechen kam, traf er die bemerkenswerte Feststellung, dass bereits jetzt die Möglich-

keiten für eine friedliche Industrie gesichert werden müssten. Das Ziel der russischen Besatzung bezeichnete Hauptmann Sinelnikoff abschliessend damit, dass sie den Aufbau von Industrie und Kultur sichern sollte. Die deutsche Bevölkerung allerdings müsste die „Grosszügigkeit und Wohltätigkeit der Besatzungsmacht anerkennen“.

Schauspielschüler und Politik

Im Rahmen der ständigen Diskussionsstunden, die der Leiter der Deutschen Schauspiel-Schule für Bühne und Film in Dahlem, Georg Schubert, seit Eröffnung seiner Schule im Oktober 1945 eingeführt hat, sprach am Sonnabend Dr. Grunner über die Ziele der SPD. In der anschliessenden Diskussion stellte der Redner mit Befriedigung fest, dass seine Ausführungen bei den jungen Menschen einen starken Widerhall gefunden hatten. Die Deutsche Schauspiel-Schule setzt diese Diskussionsstunden mit der Erörterung weltanschaulicher Probleme fort und wird berufenen Vertretern aller politischen Parteien Gelegenheit geben, den künstlerischen Nachwuchs politisch zu bilden.

Berliner Kinder in Dänemark

Die SPD-Gross-Berlin beschloss auf ihrem dritten Parteitag am 14. September, an den Kontrollrat die dringende Bitte um beschleunigte Rückführung der sich in Dänemark befindlichen etwa 400 Berliner Schulkinder zu richten. Die Kinder sind seit etwa 1½ Jahren dorthin evakuiert und befinden sich in geschlossenen Lagern hinter Stacheldraht.